

Genehmigt: 01.02.2023

Protokoll 22

Stadtratssitzung

Donnerstag, 07.12.2023, 17.00 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	1534
2023.SR.0112.....	1535
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2023.SR.000019.....	1543
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 15 vom 14.09.2023, 16 vom 21.09.2023, 17 vom 19.10.2023)	
2022.SR.000193.....	1544
3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl	
2022.SK.000057.....	1544
4 Initiative «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen»; Fristverlängerung	
2023.TVS.0296.....	1545
5 Ersatzbeschaffung Softwarelösung für die Baukoordination im öffentlichen Raum (KöR-Tool); Investitions- und Verpflichtungskredit	
2023.TVS.0234.....	1546
6 Sanierung Brücke über die Schwarzenburgstrasse; Projektierungs- und Ausführungskredit	
2018.TVS.000095.....	1547
7 Sanierung Schönausteg; Realisierungskredit	
2019.SR.000052.....	1549
8 Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL), Patrizia Mordini (SP), Mohamed Abdirahim (JUSO) - übernommen durch Eva Chen (AL): Vulva-Tage in Bern – Die Tabuisierung aufheben	
2019.SR.000244.....	1553
9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Klimapolitik der Stadt Bern: Grüne Lungen in der Stadt müssen erhalten bleiben: das Gaswerkareal bleibt grün!	
2018.SR.000148.....	1556
10 Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Michael Sutter, SP): Reparationen statt selbstverpflichtete Wohltätigkeit der Burgergemeinde – Anerkennung einer gemeinsamen historischen Verantwortung	
Verschoben und eingereicht.....	1567
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.....	1568

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi	Thomas Glauser	Niklaus Mürner
Valentina Achermann	Claude Grosjean	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Florence Pärli Schmid
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Erich Hess	Simone Richner
Ruth Altmann	Thomas Hofstetter	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Sarah Rubin
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Michael Ruefer
Tom Berger	Ueli Jaisli	Kurt Rügsegger
Diego Bigger	Bettina Jans-Troxler	Mahir Sancar
Lea Bill	Anna Jegher	Judith Schenk
Laura Binz	Barbara Keller	Sara Schmid
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Nicole Silvestri
Michael Burkard	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Corina Liebi	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Maurice Lindgren	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Salome Mathys	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Esther Meier	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Paula Zysset
Franziska Geiser		

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Raffael Joggi	Barbara Nyffeler
Lionel Gaudy	Nora Joos	Mirjam Roder

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE
--------------------------	----------------

Stadtkanzlei anwesend

Nora Lischetti, Vizestadt-
schreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekre- tärin	Franck Brönnimann, Stv. Rats- weibel
	Mago Flück, Ratsweibel

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Stadträte und Stadträtinnen, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne und online zugeschaltet, geschätzte Medienschaffende. Ich begrüsse Sie herzlich zu meiner letzten Sitzung, die Sitzung Nummer 22 im 2023. Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Heute haben wir ja bekanntlich nur eine Sitzung, daher entschuldigt für die Sitzung sind Rafael Joggi, Nora Joos, Mirjam Roder, Barbara Nyffeler und Lionel Gaudy. Seitens Gemeinderats ist entschuldigt Franziska Teuscher und Marieke Kruit. Etwas später kommen Milena Daphinoff und Michael Burkard.

Ich habe folgende Rücktritte zu verlesen. Das wird jetzt eine Zeit dauern. Es treten über 6% vom Stadtrat zurück heute – 6 nicht 60 mein Gott - 6% vom Stadtrat zurück. Sie müssen mir ein bisschen Zeit geben, weil das ist viel Papier, das da hin und her geschickt worden ist. Ich fange mit dem kürzesten Rücktrittsschreiben an: "Rücktritt als Stadtrat, Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte. Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Berner Stadtrat per 9. Januar 2024, da ich mich auf meine Arbeit im Nationalrat konzentrieren möchte. Ich bedanke mich herzlich für die Zusammenarbeit und wünsche alles Gute. Mit freundlichen Grüßen, Erich Hess." Merci vielmals Erich. Das ist, glaube ich das Kürzeste gewesen, das ich bis jetzt in meinen 4 Jahren gehört habe, kurz und knackig.

Ich tue schnell zusammenfassen, was ich über dich herausgefunden habe. Du bist vom 2005 bis 2010 bereits im Stadtrat gewesen. Jetzt in dieser Amtszeit, in der du dich aktuell befindest, bist du seit 2013 im Stadtrat. Du hast aktuell ... Nein, ich muss es anders formulieren. Du hast in dieser aktuellen zweiten Amtszeit eine Mitgliedschaft gehabt in der FSU und in der AK. Bei der Aufsichtskommission hast du 2014 das Präsidium geführt. Ich darf von dir behaupten, du hast einen bleibenden Eindruck hinterlassen im Stadtrat. Vor allem - und das ist auch ein Dank von uns aus dem Büro – hast du wesentlich dazu beigetragen, dass wir im Rahmen einer GRSR-Änderung das Erlassverfahren überarbeitet haben und wir – glaube ich – so jetzt mit dem neuen Verfahren professioneller werden, um über Änderungen oder Reglemente abstimmen zu können. Ich persönlich habe in diesem Jahr auch profitieren dürfen in Situationen, in denen es für den Ratspräsidenten nicht so einfach ist. Ich habe sehr viel gelernt von dir, im Umgang mit dir. Und das darf ich wirklich positiv beurteilen. Nachträglich also herzlichen Dank für das. Ich wünsche dir für deine Zeit im Nationalrat alles Gute und hoffentlich sieht man dich ja in einer anderen Situation wieder zurück im Stadtrat. Man weiss ja nie. Man tut sich bekanntlich immer zweimal über den Weg laufen. Merci vielmals.

Applaus im Saal.

Und ich komme zum nächsten Rücktrittsschreiben: "Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebes Ratssekretariat. Heute ist nun der Moment gekommen, um Ihnen meinen Rücktritt aus dem Stadtrat mitzuteilen. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich dazu entschieden, meine parlamentarische Tätigkeit nach fast 20 Jahren zu beenden. Es war mir eine Ehre und Freude, die Interessen unserer Stadt sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger in den letzten 2 Jahren zu vertreten. In dieser Zeit habe ich viele positive, aber auch negative Veränderungen miterlebt und konnte dennoch meinen Beitrag zur Entwicklung leisten. Ein Abschied ist auch immer ein Rückblick: Im September 1994 erhielt ich die Möglichkeit, in den Stadtrat einzutreten. Ohne mir jemals Gedanken gemacht zu haben, entschied ich, mich dieser Herausforderung zu stellen. So wurde ich auch gleich in die

damalige Geschäftsprüfungskommission gewählt. Im Jahr 2000 erfolgte die Verabschiedung aus dem Stadtparlament als Mitglied der Freipartei der Stadt Bern. Im April 2011 trat ich zum zweiten Mal nach längerem Unterbruch in den Stadtrat ein. Wenn ich nun zurückschaue und mein stadträtliches Wirken genauer betrachte, dann merke ich auch, wie viel Zeit ich für das Vorbereiten und das Erlangen von Sachkenntnissen für die Kommissions- und Fraktionsarbeit investiert habe. Heute kann ich sagen, es hat sich gelohnt. Dann gab es auch diejenigen Momente, welche man vermissen wird, und solche, welche mir für immer in Erinnerung bleiben werden. Zudem hatte ich auch persönliche Rückschläge. Ich erspare euch eine Liste von Beispielen und beschränke mich auf solche, die ich nie vergessen werde. Die Wahl zum Stadtratspräsident des Jahres 2021 ist wohl der Höhepunkt meiner Zeit im Stadtparlament. Wegen der Pandemie war ein Fest im normalen Rahmen leider nicht möglich. Die damaligen Reden freuten mich, sie waren teilweise herzerwärmend. Die Geschenke schätze ich noch heute. Die wenigen Anlässe wie den Neujahrsempfang mit dem Bundespräsidenten, den Sommerbot der Burger im Casino und weitere Anlässe im kleineren Rahmen werde ich ebenso in bester Erinnerung behalten wie auch unseren Stadtratsausflug ins Wallis. Ich bedanke mich herzlich bei allen Stadträtinnen und Stadträten für die spannende und konstruktive Zusammenarbeit. Ich bin überzeugt davon, dass der Stadtrat auch in Zukunft engagierte Mitglieder haben wird und daher kompetente sowie parteiübergreifende Lösungen finden und wichtige Entscheidungen und Projekte umsetzen können wird zum Wohle unserer Stadt. Einen besonderen Dank richte ich an die städtische Verwaltung für die angenehme Zusammenarbeit sowie an das Ratsbüro. Nochmals vielen Dank für die Zusammenarbeit und alles Gute für die Zukunft. Tschau zusammen, Kurt Rüegsegger."

Applaus im Saal.

Küre, was soll ich sagen? Vielleicht mal angefangen mit: Du hast ein bisschen tiefgestapelt. Du bist natürlich nicht nur in diesen Belangen aktiv gewesen. Du bist ein Mitglied gewesen der AKO. Du bist ein Mitglied gewesen der PVS, der FinDel, in deiner Funktion auch im Büro natürlich und auch von der Fraktionspräsidienkonferenz. Du hast, wie gesagt, das Stadtratspräsidium 2021 innegehabt. Das ist zugleich mein erstes Präsidiumsjahr gewesen, das du geleitet hast, und in dem ich im Büro gewesen bin. Ich möchte dir ganz persönlich danken für die gemeinsame Zeit, die wir zusammen erlebt haben im Büro. Ich habe sehr viel gelernt. Dann habe ich noch versucht einen Überblick zu bekommen über die eingereichten Vorstösse, die du in dieser Zeit verfasst hast. Ich habe den Überblick verloren, aber ich kann euch sagen, es sind sehr viele gewesen. Uns oder mir wird sicher in Erinnerung bleiben, wie du die Ratssitzungen 2021 geleitet hast, mit dem Statement von jeder Abstimmung: "Wir stimmen ab." Und darum herzlichen Dank auch an dich. Wir werden dich vermissen. Merci vielmal.

Gut, wir kommen zum nächsten Rücktrittsschreiben: "Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Nach über 7 Jahren im Stadtrat ist mir die Entscheidung zum Rücktritt nicht einfach gefallen. Na klar, nach nun fast 2 Legislaturen ist eine gewisse Ernüchterung da. Die oft sehr ideologisch geprägten Grundsatzdebatten im Parlament wiederholen sich und sichtbare Resultate sind kaum spürbar. Ja, der Impact der liberalen Politik ist leider an einem kleinen Ort und dies trotz intensiver Arbeit. Ich habe mich stundenlang über das Budget gebeugt und leider war der Output sehr ernüchternd. Vielleicht hätte es auch den anderen politischen Lagern gutgetan, Finanzwissen anzuhören. Es ist eine Tatsache, dass die klaren Mehrheitsverhältnisse erdrückend sind und ein Ideenwettbewerb nicht wirklich möglich ist. Nichtsdestotrotz habe ich die Sachpolitik und insbesondere die Arbeit in den verschiedenen Kommissionen mit viel Energie und Freude gemacht.

Ich habe gerne mit allen Parteien versucht, Kompromisse zu finden oder zumindest mit kritischen sachlichen Fragen probiert, weitere Perspektiven aufzuzeigen. Die Vielschichtigkeit der Themen sowie die unterschiedlichsten Persönlichkeiten der Stadträt*innen werde ich vermissen. Ich habe in diesen Jahren der Lokalpolitik viele spannende – und ja, ich bin ehrlich – ab und zu auch mühsame Gespräche geführt und fraktionsintern, aber auch über die Parteigrenzen hinweg, gute Freundschaften gefunden. Im Verlauf der letzten 3 Jahre musste ich aber immer wieder feststellen, dass meine Ressourcen leider nicht für alles ausreichen und ich irgendwo Abstriche machen muss. Deshalb habe ich mich entschieden, ein Jahr vor den Wahlen zurückzutreten und neuen Kräften für das nächste Jahr Platz zu machen. Ich bedanke mich als erstes bei meiner Fraktion und meinem Co-Fraktionspräsidiumskollegen. Ich habe die Zusammenarbeit mit euch sehr geschätzt. So, Fact politique. Chapeau, mit wie viel Engagement ihr euch für die Stadt Bern einsetzt. Ein Riesendank geht auch an meine Schwester Claudine. Erst durch ihre Ermutigung habe ich das Abenteuer Politikerin überhaupt gewagt und sie hat mich stets unterstützt. Ich danke aber euch allen Stadträt*innen, dem Ratssekretariat und der Verwaltung für die gute und lehrreiche Zeit. Liebe Grüsse, Vivian Esseiva."

Applaus im Saal.

Vivian, du bist seit 2016 oder wie gesagt, seit 2 Legislaturen dabei. Du bist ein Mitglied gewesen in der FSU, in der Finanzdelegation, in der Aufsichtskommission und in der GPK und hast als Co-Fraktionsleitung logischerweise auch mit mir zusammen in der Fraktionspräsidienkonferenz Einsitz nehmen dürfen. Du bist Vizepräsidentin gewesen von der Sonderkommission NSB 22. Das ist sogenannte neue Stadtverwaltung Bern im 2019, 2020 und 2021. Und du bist – und das möchte ich betonen, ich komme dann noch einmal darauf zurück -, eine von den Ersteinreichenden gewesen beim Vorstoss "Den Pionierinnen ihren ständigen Platz geben". Das ist etwas, das mir aufgefallen ist. Das Resultat ist physisch sichtbar in diesem Saal. Bei gewissen Plätzen sind die Namen jetzt durchaus vermerkt. So ein Zeichen, dass man wirklich aktiv auch mit Vorstössen Sachen bewegen und verändern kann. Ich danke auch dir herzlich für die Arbeit. Du bist eine Vertreterin gewesen des liberalen Gewissens dieser Stadt. Ich bin sicher, dass nicht nur deine Fraktion dich vermissen wird, sondern auch ganz viele andere in diesem Rat. Herzlichen Dank für deinen Einsatz. Merci vielmal.

Ich komme zum nächsten Rücktrittschreiben. Da brauche ich schnell einen Moment: "Lieber Stadtpräsident, lieber Michael, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Verwaltung. Zwischen 2003 und 2023 war ich insgesamt 16 Jahre Mitglied dieses Parlaments. Es ist vermutlich nicht vermessen, zu behaupten, dass ich über eine gewisse Erfahrung verfüge. Mangelnde Ausdauer kann man mir auch nicht vorwerfen. In diesen 20 Jahren ist die FDP-Fraktion von 18 Mitgliedern auf 7 Mitglieder geschrumpft. Neue Parteien sind in den Rat gewählt worden, andere sind verschwunden und Rot-Grün ist immer mächtiger geworden. Irgendwie habe ich jede Wahl überlebt. Vielleicht liegt es daran, dass ich Klartext rede und meistens so, dass man es versteht. Ich erlaube mir daher, einige abschliessende Gedanken an euch zu richten. Macht zu haben, ist das eine. Mit der Macht verantwortungsvoll umzugehen, ist das andere. Was sich dieses Jahr in diesem Parlament, unter anderem an der letzten Sitzung, zugetragen hat, stimmt mich nicht sehr zuversichtlich. Eine Diskussion wird kategorisch verweigert und sofern man sie gewährt hat, weil man unaufmerksam war, wird ein Rückkommensantrag gestellt, mit dem dann die Diskussion wieder unterbunden wird. Voten anderer werden mit Ordnungsanträgen verhindert. Das sind alles Instrumente, die man gemäss Reglement hat, aber sollte man diese auch anwenden oder nur in Fällen, wo eine Diskussion aus dem Ruder läuft? Andere Meinungen

können mundtot gemacht werden, aber das ist keine nachhaltige Strategie, denn die Meinungen werden auf beiden Seiten extremer. Die Geschichte zeigt, es rächt sich irgendwann. Weiter ist mir aufgefallen, dass die eigenen Gemeinderäte regelmässig desavouiert werden. Das gehört schon fast zur Tagesordnung. Wenn die Opposition dem rot-grünen Gemeinderat folgt als die eigenen Fra ... Wenn die Opposition mehr dem rot-grünen Gemeinderat folgt als die eigenen Fraktionen, dann ist etwas falsch im Staate Bern. Sich aufzuführen wie eine Opposition, obwohl man seit über 30 Jahren an der Macht ist, ist Courant normal. Es fällt nicht einmal mehr den Medien auf. Mit der Macht muss man verantwortungsvoll um... Mit der Macht muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Es ist zutreffend, dass Bern einer Fusion mit Ostermündigen zugestimmt hat, aber weshalb hat Ostermündigen abgelehnt, wenn doch der Gemeinderat den rot-grünen Teppich ausgelegt hat? Das sollte uns allen zu denken geben. So, das war es. Ich freue mich nun auf die Sonntagnachmittage und -abende, ganz zu schweigen von den stadtratsfreien Donnerstagen ohne Aktenstudium, Vernehmlassung, Mitwirkung, Votum etcetera. Ich danke meiner Fraktion für die gute und humorvolle Zusammenarbeit und wünsche allen Kolleginnen und Kollegen, dem Ratspräsidium, dem Gemeinderat und der Verwaltung frohe Festtage und alles Gute für das kommende Wahljahr. Dolores Dana."

Applaus im Saal.

Dolores Dana, auch dir herzlichen Dank. Auch du bist eine sehr eine starke Stimme gewesen für die liberale Politik in dieser Stadt. Du bist nach vorne gestanden und hast, wie du selber gesagt hast, sehr sachlich argumentiert im Stadtrat. Ich habe mir Notizen gemacht. Du bist seit 2003 bis 2014. Nein, mit einem kleinen Unterbruch, wieder eingetreten 2018 im Stadtrat. Ich hoffe, die Angaben stimmen. Erwähnenswert in dieser Zeit ist sicher 2007 das Vizepräsidium in der Kommission FSU gewesen und 2008 das Präsidium in der FSU. Du bist aber auch Mitglied gewesen in der AKO, in der FinDel und zuletzt in der Finanzkommission. Du hast seit 2005 – das habe ich gerechnet, muss das alles einzeln herunterzählen - über 50 Vorstösse gemacht. Mit dir verlässt uns am heutigen Abend, neben dem Kurt, ein Urgestein in dem Stadtrat. Ich danke auch dir ganz herzlich für die lange lange lange lange Zeit, in der du dich eingesetzt hast für die Stadt Bern. Und ich wünsche dir natürlich auch alles Gute für die Zukunft. Merci vielmal. Ich bin noch nicht fertig. Ihr müsst mir ein bisschen Zeit geben. Ich muss das Zeug hervorsuchen. Viel davon ist sehr kurzfristig eingetroffen: "Liebe Kolleginnen und Kollegen. "Säe, pflanze, baue und dann auf Gott vertraue." Diesen Satz las ich an einem grossen Bauernhof im Freiburgischen beim Vorbeifahren auf einer Velotour. Gerade war ich in Gedanken am überlegen, ob ich als Stadträtin für die EVP zusagen sollte oder nicht. Seit etwas länger als 4 Jahren bin ich nun Teil der Berner Stadt des Berner Stadtparlaments. Ich nutzte die Zeit, um da und dort zu säen, zu pflanzen und mitzubauen. Politisch persönliche Erfolge kann ich nicht vorweisen, doch habe ich dazu beigetragen, dass andere dies tun können, indem ich einzelnen von euch mit meinem Support den Rücken freihielt oder stärkte und Vorstösse miteinreichte oder unterstützte. "Am Anfang war das Wort", so beginnt der erste Satz im Johannesevangelium. Im Stadtrat erlebte ich die Flut von Worten nicht immer als aufbauend und fördernd für das Wohl der Stadt als Ganzes mit all ihren grossen und kleinen, jungen und betagten Bewohnern, mit allen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund, in einer Stadt mit gesunden und kranken Menschen. Da haben wir noch einiges zu lernen, denn für mich sollen gesäte und gepflanzte Worte klar und aufbauend sein und nicht zerstörend. "Denn siehe, Finsternis bedeckt das Erdreich und Dunkel die Völker." Dieser Satz aus dem Buch Jesaja ist heute so aktuell wie schon in vorchristlicher Zeit. Seit 2020 reiht sich eine weltweite Krise an die andere und viele Menschen scheitern gegenwärtig an

den Herausforderungen, die das Leben an sie stellt. Da tragen auch wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung Verantwortung in der Vorgehensweise und den Entscheidungen, die wir im Sinn der Wählenden treffen. Ich wünsche euch dafür auch im letzten Jahr der Legislatur viel Weisheit und Sorgfalt. Ich danke euch allen, die ihr euch im Stadtrat und im Gemeinderat für die zahlreichen Herausforderungen einsetzt, welche in der Stadt Bern zu bewältigen sind. Und ein herzliches Dankeschön ins Ratsbüro und in die Verwaltung, die ihr für uns unverzichtbare Arbeit verrichtet. So verabschiede ich mich von euch mit einem herzlichen "Seit gesegnet. Gott mit euch". Therese Streit-Ramseier."

Applaus im Saal.

Liebe Therese, ich habe in der Vorbereitung, seit deinem Rücktrittsschreiben gestern wieder etwas gelernt. Ich bin nämlich davon ausgegangen, dass du auch eines von diesen alten Urgesteinen hier drin bist, die schon ewig mitgemacht haben. Habe aber lernen müssen, dass du genau 2 Monate vor mir eingetreten bist. Nichtsdestotrotz, eben seit 2019 bist du im Stadtrat, hast aber 21 Vorstösse eingereicht. Das heisst, du hast, nicht so wie von dir geschrieben, nicht sehr viel mitgemacht und vorgetragen, sondern du hast dich sehr wohl sehr engagiert im Stadtrat. Du hast deine Spuren hinterlassen. Auch du bist jemand von den Ersteinreichen gewesen bei dem Vorstoss "Den Pionierinnen ihren ständigen Platz geben". Das heisst, auch du wirst physisch sichtbar bleiben mit deinem Vorstoss unter anderen Frauen, die den Vorstoss eingereicht haben. Daher auch dir ganz herzlichen Dank für dein Engagement in dieser Stadt Bern und alles Gute für die Zukunft. Merci vielmal.

So wir haben es fast geschafft. Ich habe spontan – muss man schon fast sagen – heute noch ein Rücktrittsschreiben bekommen. Ich lese auch das vor: "Rücktritt aus dem Stadtrat per 31. 12. 2023. Sehr geehrter Herr Ratspräsident, lieber Michael, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen. Mit gemischten Gefühlen reiche ich heute mein Rücktrittsschreiben aus dem Berner Stadtrat ein. Die vergangenen fast 4 Jahre sind wie im Fluge vergangen und die Entscheidung von diesem Amt, das mir viel Freude bereitet hat, zurücktreten, war alles andere als einfach. Meine Arbeit im Stadtrat war stets erfüllend und bereichernd. Die inspirierenden Diskussionen sowohl innerhalb der SP/Juso-Fraktion als auch über die Fraktionsgrenzen hinweg, die lebhaften Debatten und die vielen Momente des Lachens und des gemeinsamen Feierns an offiziellen und weniger offiziellen Stadtratsanlässen sind Erinnerungen, die ich stets in Ehren halten werde. Die Entscheidung zu diesem Schritt kam nach einer gründlichen Überprüfung meiner Ressourcen im vergangenen Sommer und Herbst. Als ich vor 4 Jahren in den Stadtrat nachrückte, war meine berufliche Situation eine andere. Inzwischen habe ich meine Verantwortung in meinen Beruf übernommen Inzwischen habe ich mehr Verantwortung in meinem Beruf übernommen, was einen erhöhten Einsatz meinerseits erfordert. Hinzu kommt, dass ich im nächsten Jahr regelmässig im Ausland weilen und eine Weiterbildung beginnen werde. Nach reiflicher Überlegung habe ich mich daher entschieden, per Ende dieses Jahres beziehungsweise auf die heutige Stadtratssitzung zurückzutreten. Mein Engagement für eine lebenswertere und sozialere Stadt Bern war in meinem politischen Handeln stets der Kompass, nach dem ich mich auszurichten versuchte. Als Teil der grössten Fraktion im Stadtrat war ich mir der besonderen Verantwortung bewusst, die wir für die Stadtpolitik und die Stadt tragen. Mein Ansatz war stets, einen konstruktiven politischen Stil zu fördern, in dem sachorientierte Diskussionen und ein konstruktives Miteinander trotz unterschiedlicher Meinungen im Vordergrund stehen. Ich möchte meiner Fraktion für die hervorragende Zusammenarbeit, die spannenden Diskussionen und die positive Atmosphäre danken. So macht politisieren Spass. Es ist mir ein Anliegen, mich bei allen

Stadträtinnen und Stadträten sowie Gemeinderätinnen und Gemeinderäten für die guten Debatten und die fruchtbare Zusammenarbeit zu bedanken. Euch allen wünsche ich weiterhin viel Freude an der politischen Arbeit und Zusammenarbeit. Wenn ich einen Wunsch anbringen darf, dann ist es, dass ihr weiterhin einen respektvollen sowie sachlichen Umgang miteinander pflegt, aber auch, dass die informellen Momente wie Apéros nicht zu kurz kommen. Mein Dank gebührt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ratssekretariats, die sich oftmals im Hintergrund für einen reibungslosen Ratsbetrieb einsetzen. Ohne euch wären wir hier alle verloren. Meinen Nachfolger Memet wünsche ich viel Energie, überzeugende Argumente und Freude an der Arbeit als Stadtrat. Last but not least möchte ich mich bei all den Bernerinnen und Bernern bedanken, welche mir mit ihrer Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen haben, sowie bei allen tollen Menschen, die mich auf irgendeine Art und Weise auf meinen politischen Weg unterstützt oder begleitet haben. Ich freue mich darauf, heute Abend ein letztes Mal als Stadtrat mit euch anzustossen. Allerhand Grüsse, Diego Bigger."

Applaus im Saal.

Diego Bigger, es ist so extrem spontan gekommen dein Rücktrittsschreiben. Ich habe nichts vorbereiten können über dich. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Nichtsdestotrotz: Herzlichen Dank auch für deine Zeit, die du investiert hast in den Rat. Du bist auch spürbar gewesen. Du bist vorne mit Voten aufgefallen. Ich kann dein Rücktrittsschreiben in dem Sinn nur unterstützen: Es ist wichtig, dass man zusammenarbeitet, dass man aufeinander hört, und dass man aber auch nach harten Diskussionen und Debatten nicht vergisst, zusammen draussen einen Apéro zu nehmen, einander in die Augen schauen zu können und eines zu trinken. Danke auch dir für dein Engagement und für die Zukunft alles Gute. Merci, vielmal.

Wir haben keine neuen Ratsmitglieder zu begrüßen. Das wird in der ersten Sitzung nächstes Jahr ein bisschen anders aussehen nach dem heutigen Reigen. Geburtstage habe ich auch keine zu vermelden. Dafür darf ich nachträglich Szabolcs Mihalyi zum Geburtstag gratulieren. Er hat vorgestern Geburtstag gehabt. Herzliche Gratulation. Und gestern natürlich ein persönliches Fraktionsmitglied von mir: Irina Straubhaar, alles Gute zum Geburtstag nachträglich.

Dann kommen wir zu den allgemeinen Mitteilungen wie immer. Badgen nicht vergessen. Dieses Mal nur eine Sitzung, also sowohl einbadgen und ausbadgen nicht vergessen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, das wäre relativ wichtig, damit wir das planen können, auf die Antrittsfeier von Valentina Achermann im neuen Jahr. Tut doch bitte, wenn noch nicht geschehen, euch anmelden, damit wir möglichst schnell mit der Planung vom Essen abschliessen können. Dann möchte ich auch noch darauf hinweisen: Wir haben die sehr umfassende Umfrage zur Vereinbarkeit des Stadtratsmandats mit Beruf, Familie und Freizeit gestartet. Sie dauert etwa eine halbe Stunde, ihr hättet aber noch eineinhalb Stunden Zeit. Vielleicht kommen sie jetzt noch dazu in diesen eineinhalb Stunden Zeit, eine ruhige Minute zu nutzen und das noch abzuschliessen. Wir haben sehr viele Leute gehabt, die angefangen haben, aber noch nicht abgeschlossen haben. Also dort vielleicht nochmal reinschauen, ob ihr wirklich bis zum Schluss durchgeklickt habt. Wir wären wirklich froh, wenn möglichst viele sich daran beteiligen würden, so dass wir aus dieser Umfrage die entsprechenden Lehren ziehen können. Sie läuft bis am 1. 3. 2024. Das heisst, es steht euch natürlich auch frei, die Umfrage an ehemalige Ratsmitglieder weiterzuleiten, damit sie sie auch noch ausfüllen können.

Ja dann zum heutigen Abend noch: Wir starten im Anschluss an die Sitzung mit unserem Schlusssessen. Wir haben einen Bus organisiert. Der Bus ist wie letztes Mal schon direkt hier hinter dem Haus. Dort, wo er letztes Mal gestanden ist, von wo wir da schon losgefahren sind. Er steht dort bereit. Abfahrt ist um Viertel nach 7 Uhr. Ich bitte euch,

wirklich alle rechtzeitig bereitzumachen zur Abfahrt, denn wenn der Bus abgefahren ist, wird er nicht noch einmal umdrehen. Also das heisst, wenn wir fertig sind um 7 Uhr möglichst schnell runtergehen und in den Bus einsteigen, so dass wir uns komplett nach Bümpliz verschieben können.

Gut, wir kommen zu den Ordnungsanträgen. Da brauche ich schnell ein paar Sekunden. Ja, Merci vielmals. Wir kommen zum ersten Ordnungsantrag der Mitte. Da geht es wie immer um das Traktandum Nummer 9, von dem gewünscht ist, dass man das in reduzierter Debatte behandelt. Wir stimmen ab.

Antrag

Ordnungsantrag 1 Mitte

Traktandum 9 wird in Form einer reduzierten Debatte behandelt.

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 1

Annahme

Ja	47
Nein	14
Enthalten	3

Namensliste 000

Präsident: Sie haben diesem Ordnungsantrag zugestimmt.

Wir kommen zum Ordnungsantrags Nummer 2. Das ist ein Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass. So. Zum Verfahren vielleicht noch als Präzisierung: Es sind per nächstem Jahr, ab 1. 1. 2024 keine Antragsbegründung mehr erlaubt. Das ist eine Änderung gewesen, der wir zugestimmt haben in diesem Jahr. Wir tun jetzt aber hier eine kurze Erklärung noch zulassen, wie wir das die vergangenen paar Male auch gemacht haben.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Entschuldigung, dass ich ein bisschen die vorweihnachtliche Stimmung tue stören. Ich möchte aber zuerst auch allen Austretenden alles Gute wünschen. Ich habe mit allen gerne zusammengearbeitet. Ich komme ganz kurz zum Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis: Drogenelend.

Ich muss sagen - ich verweise hier auf die schriftliche Begründung – einfach einen Punkt und da nehme ich gerne das Votum von Dolores Dana auf. Man hat dann keine Diskussion gewollt, weil man all die Geschäfte zusammengefasst und Ordnungsanträge gestellt hat. Jetzt wenn ihr heute die Anträge gelesen habt und die Antworten auf die kleinen Anfragen hat der Herr Stadtpräsident wieder nicht geantwortet auf die Fragen, die man klar gestellt hat. Sie haben jetzt als RGM-Mehrheit Gelegenheit, dass man doch noch zu dem Gebiet reden kann. Ich bin der Meinung, das ist ein wichtiges Traktandum. Ich verspreche ihnen, ich halte mich ganz kurz. Ich will vor allem hören, was der Gemeinderat und der Herr Stadtpräsident dazu sagen. Ich rede nicht länger als eine Minute. Das ist mein Angebot, das ich mache vor Weihnachten. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen. Merci.

Antrag

Ordnungsantrag 2 SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR): Drogenelend geht ausser Kontrolle, Kulturbetrieb leidet, Streit mit Drogenfahndern, Zuspitzung der Situation. (vgl. dazu BZ/Bund vom 30.11.2023. Drogenkonsum und Übergriffe sind auf

der Schützenmatte in Bern auf einem Höhepunkt angelangt. Welche Lösungsansätze sehen die politischen Akteure? (BZ//Bund vom 1.12.2023, <https://www.bernerzeitung.ch/brennpunkt-schuetzenmatte-politikerinnen-fordern-drogenabgabe-fuer-minderjaehrige-893282417530>). Wie soll die Stadt auf die Zuspitzung reagieren? Diese Frage löst beim Berner Gemeinderat offenbar eine gewisse Ratlosigkeit aus. Weder die Direktion von Franziska Teuscher (GB) noch Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) wollen zur Anfrage Stellung nehmen. Beide verweisen auf die Komplexität der Sachlage. Die zuständigen Gemeinderäte sollen zumindest jetzt den Stadtrat informieren was vorgesehen ist? Zudem erstaunt, dass der für das Dossier Reithalle zuständige Gemeinderat dermassen schlecht über die Verschlechterung der Situation informiert ist, hielt er doch am 16.11.2023 gegenüber den Motionären und Interpellanten der Vorstösse 8-12 fest, dass sich die Situation wesentlich verbessert habe und alle am gleichen Strick ziehen. Auch wurde den Motionären/Interpellanten nahegelegt, die Vorstösse zurückzuziehen (vgl. Audioarchiv). Ist der für das Dossier zuständige aber offensichtlich schlecht informierte Gemeinderat/Stadtpäsident wirklich noch in der Lage, das Geschäft weiter zu betreuen oder sollte nicht vielmehr eine gemeinderätliche Arbeitsgruppe das schwierige Dossier übernehmen?

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 2		
Ablehnung		
Ja	15	
Nein	48	
Enthalten	3	Namensliste 001

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen nächsten Antrag auf Diskussion aus aktuellem Anlass.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure es, dass ihr nicht darüber diskutieren wollt. Wir kommen zum zweiten Antrag. Hier möchte ich insbesondere auch die Tierpark-Direktorin Frau Friederike von Houwald begrüssen. Sie ist jetzt da. Ich danke Ihnen für den Respekt, dass Sie hier dabei sind. Sie haben die Medienberichterstattung gehört. Ich will hier nicht gross länger werden. Ich bin der Meinung, wir haben die Problematik beim Personal. Wir haben die Problematik Neuorganisation. Jetzt könnten wir Gelegenheit haben, eben unsere Meinung vielleicht zu einer Problematik zu sagen. Ich sage auch ganz ehrlich, man kann wirklich geteilter Meinung sein, ob man die Personalsachen hier diskutieren will. Ich habe vorbereitet, aber einen Vorstoss, eine Motion. Ich hoffe, dass ich allenfalls Leute habe, die mitmachen. Ich kann sie sonst erst im neuen Jahr einreichen. Darin sagt man einfach, man sollte eine anonyme Befragung durchführen. Es geht mir darum, dass das Personal allfällige Sachen äussern kann, und dann ist es objektiv, und dann tun wir hier nicht im Plenum diskutieren. Ich biete hier auch Hand. Aber ich bin der Meinung, wenn die Direktorin schon hier ist, sollten wir die Chance ergreifen, über das zu reden. Merci.

Präsident: Merci vielmals Alex. Wir stimmen ab.

Antrag

Ordnungsantrag 3 SVP

Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSR): Unverständnis für die inhaltliche Ausrichtung, Kritik am Führungsstil der Direktorin: Tierparkangestellte kritisieren Strategie und Betriebsklima. (vgl. Zeitung BZ/Bund: <https://www.bernerzeitung.ch/konflikte-im-berner-tierpark-hinter-den-kulissen-des-daehelhoelzli-rumort-es-140195375271>). Im Berner Tierpark soll unter den Mitarbeitenden eine miserable Stimmung herrschen. Die Vorwürfe richten sich vor allem an die Direktorin (vgl. Zeitung Bärnerbär <https://www.calameo.com/books/005207385f45e7cdb0dad>). Offensichtlich bestehen zwischen der Direktion und Teilen des Personals seit der Amtsübernahme und der Umorganisation grössere Spannungen, die weit über das normale Mass bei einer Neueinstellung eines neuen Direktors, einer neuen Direktorin hinausgehen. Der Umstand, dass ein externer Personal- und Organisationsberater und nicht nur ein Führungsscoach eingesetzt wurde, erstaunt. Ebenfalls soll ein Psychologe zugezogen werden. Die Mitarbeiterbefragung soll dagegen wieder abgebrochen worden sein. Der Direktorin wird vorgeworfen, ein Kontrollfreak zu sein. Dies wird z.T. nicht vollumfänglich in Abrede gestellt. Der Umstand, dass die Direktorin eine erkrankte Mitarbeiterin offenbar zum Arzt begleiten wollte, um zu wissen, was ihr fehlt, erstaunt. Auch die Direktorin muss wissen, dass es in der Schweiz ein geschütztes Arztgeheimnis gibt. Der Gemeinderat und die Fraktionen sind gebeten zu der Problematik der neuen Tierparkleitung Stellung zu nehmen, insbesondere wie das offensichtlich belastete Verhältnis zwischen der Direktion und Teilen des Personals wieder im Sinne des Tierparks verbessert werden kann, und ob an der umstrittenen Neuausrichtung (u.a. Abschaffung Streichelzoo) festgehalten werden soll, dies zumal diese Konzeptänderungen nicht nur von den Besuchern, sondern auch von vielen Mitarbeitern nicht getragen wird.

Abstimmung

2023.SR.0112: Antrag 3

Ablehnung

Ja	18
Nein	45
Enthalten	6

Namensliste 002

Präsident: Sie haben diese Diskussion aus aktuellem Anlass abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 2.

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 15 vom 14.09.2023, 16 vom 21.09.2023, 17 vom 19.10.2023)

Präsident: Das ist die Protokollgenehmigung für die Protokolle vom 14. 9., vom 21.9. und vom 19.10. 2023. Gibt es zu diesen Protokollen irgendwelche Anträge? Bei uns sind bis anhin keine Anträge eingegangen.

Das scheint nicht der Fall zu sein, dementsprechend nicht bestritten. Dann gelten die 3 Protokolle entsprechend als genehmigt und ich danke den Verfasserinnen.

Stillschweigende Genehmigung

Wir kommen zum Traktandum 3 das ist eine Neuwahl.

2022.SR.000193

3 Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl

Präsident: Nominiert ist Lukas Wegmüller von der SP für die zurücktretende Nicole Silvestri.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann würden wir abstimmen mittels Handerheben. Wer für Lukas Wegmüller stimmt, steckt Hand auf. Gibt es Enthaltungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gilt Lukas Wegmüller als gewählt. Herzliche Gratulation.

Einstimmige Wahl

Wir kommen zum Traktandum 4.

2022.SK.000057

4 Initiative «Stadtklima-Initiative: Strassenraum entsiegeln – Begegnungsorte schaffen»; Fristverlängerung

Präsident: Es geht um eine Fristverlängerung zur Stadtklima-Initiative. Ich übergebe da das Wort der Kommission: für die PVS Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die PVS: Am 7. September 2022 hat der Gemeinderat festgestellt, dass die Volksinitiative, die Stadtklima-Initiative zustande gekommen ist und materiell gültig ist. Dann hat eine zwölfmonatige Frist zur Ausarbeitung einer Stadtratsvorlage angefangen zu laufen. Am 23. August 2023 hat der Gemeinderat eine Fristverlängerung dieser Frist beantragt, und das zum Ausarbeiten von einem Gegenvorschlag. Vielleicht noch ein Wort dazu, warum wir erst heute im Stadtrat über die Fristverlängerung abstimmen. Der Gemeinderat hat – wie gesagt – bereits Ende August die Fristverlängerung beantragt. Es hat dann aber nicht geklappt mit der Traktandierung in der PVS. Und darum stimmen wir erst jetzt, als die Frist eigentlich schon weitgehend vorbei ist, darüber ab.

Die PVS empfiehlt euch einstimmig, dieser Fristverlängerung bis Ende Februar 2024 zuzustimmen. Die SP/Juso-Fraktion wird ebenfalls zustimmen.

Präsident: Danke vielmal Laura. Gibt es Bedürfnisse zur Diskussion bezüglich dieser Fristverlängerung? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann werden wir darüber abstimmen, ausser der Stadtpräsident möchte noch etwas dazu sagen. Er verzichtet. Merci vielmal. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2022.SK.000057

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	0

Namensliste 003

Präsident: Die Fristverlängerung ist einstimmig angenommen worden. Wir kommen zum Traktandum 5.

2023.TVS.0296

5 Ersatzbeschaffung Softwarelösung für die Baukoordination im öffentlichen Raum (KöR-Tool); Investitions- und Verpflichtungskredit

Präsident: Traktandum 5 ist ein Investitions- und Verpflichtungskredit. Ich übergebe da das Wort der Kommission: Für die Kommission PVS kommt Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Es geht um die Ersatzbeschaffung einer Softwarelösung für die Baukoordination im öffentlichen Raum. Das sogenannte KöR-Tool ist nicht zu verwechseln mit KiöR, also der Kunst im öffentlichen Raum.

Das KöR-Tool wird für die Baukoordination im öffentlichen Raum verwendet. Dem Stadtrat wird also jetzt ein Investitions- und Verpflichtungskredit vorgelegt, der einerseits die Investition für die Beschaffung und die Kosten für den Betrieb von diesem Tool abdecken soll. Das KöR-Tool wird vor allem vom Tiefbauamt und weiteren Bedarfsstellen wie beispielsweise BERNMOBIL und EWB genutzt.

Heute ist es so, dass jede Baustelle im öffentlichen Raum, im städtischen Raum mit dieser Software erfasst wird und alle Beteiligten nachher Zugriff haben auf die Informationen, die ihnen erlauben, nachher eigentlich die Informationen daraus herauszuziehen. Und dann wissen sie nachher, wo findet wann eine Baustelle statt oder wo tut wer wann bauen. Aus dem kann man nachher gewisse Synergien nutzen und die Bauvorhaben besser aufeinander abstimmen und koordinieren. Durch eine gute Koordination im öffentlichen Raum wird vor allem auch erreicht, dass die Belastung der Quartiere oder der Verkehrsteilnehmenden infolge dieser Baustellen möglichst gering ausfällt. Die aktuelle Software gibt es seit 20 Jahren. Sie hat ihr Betriebsalter erreicht und muss jetzt durch eine neue Lösung ersetzt werden. Im Vordergrund stehen vor allem Sicherheitsbedenken. Zudem kommt dazu, dass die alte Software einfach auch nicht mehr dem Zeitgeist entspricht, und dass es mittlerweile viel bessere Varianten gibt. Zudem gibt es eben auch die Sicherheitsbedenken, dass ein Hacker zugreifen könnte etcetera. Man hat im Vorfeld diskutiert, auch in der Kommission, ob eine gemeinsame Beschaffung mit anderen Städten geprüft worden ist. Ob das ein Thema ist, das hat man geprüft, aber es hat sich dann herausgestellt, dass die verschiedenen Städte halt einfach verschiedene Vorstellungen haben von den vorhandenen Funktionen von so einem Tool. Und man hat sich nachher entschieden, das eigentlich selber so anzuschaffen. Das Tool ist Browser-basiert, man braucht also keine speziellen Applikationen oder Software, um es zu installieren. Dank diesen Funktionen sind auch Einsätze der Blaulichtorganisationen oder Events für die verschiedensten Bedarfsstellen ersichtlich. Sprich, auch dort hat man eigentlich Synergien, die man nutzen kann. Der Investitionskredit beträgt 375 000 Franken ...

Präsident: Ich wünsche mehr Ruhe, damit ich Janosch verstehe. Merci vielmal.

Janosch Weyermann (SVP) fährt fort: Merci. Der Verpflichtungskredit für 5 Jahre beläuft sich auf insgesamt 1'118'500 Franken.

Ja, es hat die Kommission nicht gross zu diskutieren gegeben. Die Kommission empfiehlt euch mit 9 zu 0, bei keiner Enthaltung, die Annahme von diesem Geschäft. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Es ist einstimmig in der Kommission durchgegangen. Darum frage ich: Besteht Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage: Ist das Geschäft bestritten? Ist auch nicht bestritten, dann können wir das so als genehmigt abhaken.

Stillschweigende Annahme

Wir kommen zum Traktandum 6.

2023.TVS.0234

6 Sanierung Brücke über die Schwarzenburgstrasse; Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsident: Das ist die Sanierung der Brücke über die Schwarzenburgstrasse. Es ist ein Projektierungs- und Ausführungskredit. Auch hier übergebe ich das Wort der Kommission: für die PVS Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Ich tue euch langweilen, weil zum nächsten Geschäft komme ich nachher auch gerade schon wieder reden. Hier geht es um die Sanierung der Brücke über die Schwarzenburgstrasse, um einen Projektierungs- und Ausführungskredit.

Die meisten von euch haben sie wahrscheinlich noch nie überquert, weil sie führt eigentlich in ein Industriequartier hinein, wo eigentlich auch niemand wohnt. Nichtsdestotrotz ist die Brücke sehr wichtig. Sie wird nächstes Jahr 60-jährig. Sie ist in diesen 60 Jahren noch nie saniert worden. Inzwischen gibt es da verschiedenste Sachen, die instand gestellt werden sollten. Bei einer Inspektion vor 3 Jahren konnte man feststellen, dass die Brücke in einem schadhaften Zustand ist. Vor allem die Brückenabdichtung und die Bordsteine müssen repariert werden und die oberen Betonschichten müssen komplett abgetragen werden. An den Enden der Brücke sind grosse Risse entstanden in den letzten Jahren. Die gilt es, auszubessern und auch wiederherzustellen, dass künftig eben keine Risse mehr entstehen können. Die Brückenränder werden zudem neu betoniert und die Geländer, die nicht mehr den heutigen Normen entsprechen, werden ersetzt. Auch die massiven Stützmauern unter der Brücke müssen saniert werden. Zusammen mit dem Ersatz der Geländer machen diese Massnahmen mehr als die Hälfte der Baukosten aus, die sich auf insgesamt 2'900'000 Franken belaufen. Die Bauzeit wird rund 3 Monate dauern, da die Brücke während den Bauarbeiten aber nicht passierbar sein wird, muss der Verkehr in dieser Zeit über die Südbahnhofstrasse umgeleitet werden. Da die Brücke in ein Industriequartier führt, wird sie vor allem von Lastwagen und Bussen befahren. Die Südbahnhofstrasse ist eine Quartierstrasse, wo es aber heute auch noch Parkfelder gibt. Während der Bauphase werden 6 Parkplätze aufgehoben. Es ist aber auch mit erheblichem Mehrverkehr zu rechnen. Die Anwohnenden werden aber entsprechend frühzeitig informiert. Die unter der Brücke durchführenden Velo- und Fussgängerwege bleiben während der gesamten Bauzeit passierbar sein. Eine Fahrspur auf der Weissensteinstrasse unterhalb der Brücke wird währenddessen gesperrt und es kommt ein Verkehrsdienst zum Einsatz.

Präsident: Bitte um ein bisschen mehr Ruhe. Ja, ich verstehe wirklich nicht mehr so viel.

Janosch Weyermann (SVP) fährt fort: Die Kommission empfiehlt euch auch dieses Geschäft einstimmig zur Annahme. Es gibt nachher noch einen Antrag – einen Augenblick. Genau, es geht darum, dass eine Zusammenarbeit mit dem Quartier und mit Graffiti-Künstlern geprüft wird, wie die freien Wandflächen für die Personenunterführung, also beim Veloweg, bei der Brücke über die Schwarzenburgstrasse gestaltet werden können.

Diesen Antrag empfiehlt euch die PVS mit 6 Ja-, bei 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, ebenfalls zur Annahme. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Ich frage auch hier: Besteht Diskussionsbedarf zu diesem Geschäft? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Hier müssen wir abstimmen, weil es ein fakultatives Referendum geben könnte. Wir stimmen darum ab, zuerst über den Antrag Nummer 1 PVS.

Antrag

1 Ergänzungsantrag PVS

In Zusammenarbeit mit dem Quartier und Graffiti-Künstler:innen wird geprüft, wie die freien Wandflächen der Personenunterführung / Veloweg bei der Brücke Schwarzenburgstrasse gestaltet werden können.

Abstimmung

2023.TVS.0234: Antrag 1

Annahme

Ja	55
Nein	6
Enthalten	0

Namensliste 004

Präsident: Das ist angenommen worden. Wir stimmen jetzt ab über den so bereinigten Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung

2023.TVS.0234

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	2

Namensliste 005

Präsident: Sie haben den Kreditantrag angenommen. Wir kommen zum Traktandum 7.

2018.TVS.000095

7 Sanierung Schönausteg; Realisierungskredit

Präsident: Traktandum 7 ist ein Realisierungskredit für die Sanierung des Schönaustegs. Ich übergebe auch hier das Wort der Kommission: für die PVS Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die PVS: Noch einmal Merci, Herr Präsident. Dieses Geschäft habe ja nicht vorbereitet. Das wäre Lionel Gaudy gewesen, der sich heute kurzfristig hat entschuldigen müssen. Darum bitte ich um Entschuldigung, wenn ich hier ein bisschen improvisieren muss. Ich probiere hier, aus seinem Kommissionsvotum ein bisschen etwas herauszuziehen. Genau, es geht um den Schönausteg, der mehr als hundertjährig ist. Es handelt sich um einen fast identischen Nachbau des 50 Jahren älteren Altenbergstegs, den ihr sicher auch alle kennt. Der Schönausteg ist letztmals 1987 saniert worden. Er ist im Bauinventar der Stadt Bern als schützenswertes Baudenkmal aufgelistet. Bei den Sanierungsarbeiten oder bei dieser Sanierung geht es vor allem um den Korrosionsschutz der aus Stahl gebauten Brücke, der erneuert werden muss. Stahl in Kombination mit Wasser korrodiert mit der Zeit, das weiss jeder. Dazumal hat man einen Korrosionsschutz verwendet, der Schwermetalle enthalten hat. Das würde man heute wahrscheinlich anders machen. Diese Schicht muss abgetragen werden und nachher ein neuer Standard – Excusez. Die Schicht muss abgetragen werden und nach neuen Standards neu gemacht werden. An ein paar Stellen hat der Stahl durch den Rost bis zu 50% seines Volumens verloren. Das ist eigentlich ein Anzeichen, dass ein Ersatz und eine Sanierung dringend notwendig sind. Der Steg ist insgesamt 55 Meter lang und 3 Meter breit. Er ist stark frequentiert. Und ja, die Sanierung bringt gewisse Herausforderungen mit sich, weil man halt in der Nähe des Wassers arbeitet. Für die Vorgehensweise sind 2 Optionen geprüft worden: Für eine Sanierung vor Ort müsste unter der Brücke eine Pontonierbrücke erstellt werden. Der gesamte Steg müsste möglichst hermetisch eingekleidet werden, damit die Schwermetalle aus der vorhandenen Korrosionsschutzschicht nicht ins Wasser gelangen können. Die Pontonierbrücke müsste dann nachts auch immer noch geöffnet sein, damit die Sanitätspolizei jederzeit mit dem Boot passieren könnte. Da die Sanierung im Winter angedacht ist, soll der Fussverkehr möglichst wenig eingeschränkt werden. Der Stahl muss aufgeheizt werden, damit der Korrosionsschutz aufgetragen werden kann. Aus diesen Gründen hat sich der komplette Abbau der Brücke als die beste Vorgehensweise erwiesen. Zu diesem Zweck werden die Ketten gelöst, so dass der gesamte Steg mit einem sogenannten Pneukran herausgehoben werden kann. Genau, jetzt wird es sehr detailliert und technisch. Das tue ich jetzt, glaube ich, überspringen.

Gerade noch kurz zu den Kosten: Der Realisierungskredit beläuft sich auf 5'000'000 Franken. Er beinhaltet den Projektierungsarbeitskredit in Höhe von 150'000 Franken. Die Bauarbeiten sollen stattfinden zwischen September 2024 und Mai 2025. Und wie gesagt, wird in dieser Zeit ein provisorischer Steg zur Verfügung stehen. Es ist nachher, aufgrund einer Frage aus der Kommission im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz und der Verwendung von Nieten oder Schrauben ein Antrag entstanden, der jetzt auch vorliegt. Ich muss gerade schnell schauen, genau. Der Antrag der PVS lautet, dass bei der Sanierung des Schönaustegs geprüft werden soll, ob womöglich Schrauben statt Nieten verwendet werden können. Die Begründung können sie entsprechend lesen. Schrauben haben gegenüber Nieten fast nur Vorteile. Sie können auf eine bestimmte und vorgängig definierte Kraft zugezogen werden - das sogenannte Drehmoment. Und sie sind grundsätzlich einfacher zu applizieren als Nieten. Genau. Die Kommission empfiehlt euch das Geschäft einstimmig zur Annahme und den Antrag – jetzt muss ich schnell schauen – der Antrag ist meines Wissens auch einstimmig gewesen. Richtig, genau. Die PVS empfiehlt sowohl den Antrag wie auch das Geschäft einstimmig zur Annahme. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals, Janosch. Ich frage auch hier in die Runde: Besteht zu dem Geschäft Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ja, wir werden auch

hier abstimmen, weil es Anträge hat und weil es dem fakultativen Referendum untersteht. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 1 PVS-zu Traktandum Nummer 7.

Antrag

1 Antrag PVS

Bei der Sanierung des Schönaustegs soll geprüft werden, ob womöglich Schrauben statt Nieten verwendet werden können.

Abstimmung

2018.TVS.000095: Antrag 1

Annahme

Ja	55
Nein	5
Enthalten	1

Namensliste 006

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Wir stimmen in dem Fall ab über den so bereinigten Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung

2018.TVS.000095

Annahme

Ja	62
Nein	0
Enthalten	2

Namensliste 007

Präsident: Der ist angenommen worden. Wir kommen zum Traktandum 8.

2019.SR.000052

8 Motion Zora Schneider (PdA), Angela Falk (AL), Tabea Rai (AL), Patricia Mordini (SP), Mohamed Abdirahim (JUSO) - übernommen durch Eva Chen (AL): Vulva-Tage in Bern – Die Tabuisierung aufheben

Präsident: Das ist eine Motion von Zora Schneider, Angela Falk, Tabea Rai, Patricia Mordini und Mohamed Abdirahim. Sie ist übernommen worden von Eva Chen und ist bestritten durch den Gemeinderat. Ich übergebe darum das Wort den Einreichenden, die jemand noch anmelden müsste, bitte. Gut, Dankeschön. Bitte Eva Chen.

Eva Chen (AL) für die Einreichenden: Das Narrativ rund um weiblich gelesene Körper, Sexualität und Geschlecht ist historisch patriarchal geprägt. Sexualisierende und diskriminierende Einschreibungen sind schwierig zu dekonstruieren und halten sich hartnäckig. Die Überwindung der Tabuisierung ist ein erster Schritt. Eine breit angelegte Sensibilisierung und ein offener Dialog ein nächster. Die Motion ist heute 4-jährig und der Diskurs in der breiteren Öffentlichkeit hat sich zum Glück auch schon ein bisschen weiterentwickelt. Zeitgemässer wäre vielleicht eine intersektionalere und inklusivere Version für die mit Punkt 1 geforderten Vulva-Tage.

Eine städtische Veranstaltung mit dem Ziel, die Enttabuisierung von Körper, Geschlecht und Sexualität aktiv voranzutreiben, findet die Fraktion AL/PdA aber nach wie vor wichtig. Die Auffassung des Gemeinderats, dass öffentliche Veranstaltungen und Ausstellungen dazu nicht hilfreich wären, teilen wir nicht. Frühe, in der Schule verankerte Sensibilisierungsprojekte sind wichtig, ...

Präsident: Ich bitte um mehr Ruhe.

Eva Chen (AL) fährt fort: ...darin geben wir dem Gemeinderat recht. Mit dem ist aber nur eine spezifische Zielgruppe adressiert. Wichtig wäre aber eben – genau darum geht es auch im Vorstoss –, dass ein breites Publikum adressiert wird, und dass diese Themen normalisiert werden. Die mit Punkt 2 geforderten künstlerischen Ausstellungen könnten aus unserer Sicht durchaus auch in eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen integriert werden. Das allerdings – da geben wir dem Gemeinderat recht – ohne so enge Vorgaben und nicht durch die Stadt selber veranstaltet, sondern eben vielleicht als Teil einer Art Aktionstag für die Enttabuisierung von Körper, Geschlecht und Sexualität.

Wir freuen uns, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss als Postulat anzunehmen, würden uns aber sogar noch mehr über einen Bericht freuen, in dem tatsächlich auch die möglichen Rahmenbedingungen für solche Aktionstage skizziert werden und nicht nur die schulischen Angebote aufgelistet werden. Darum danken wir euch, wenn ihr diesem Vorstoss als Postulat zustimmt, den Prüfungsbericht aber ablehnt. Merci.

Präsident: Merci vielmals Eva Chen. Wir wären bei den Fraktionsvoten: für das GB/JA Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Die GB/JA-Fraktion findet das Thema, das dieser Vorstoss aufgreift, grundsätzlich auch sehr wichtig. Die Tabuisierung des weiblichen Körpers und der Körperteile ist global wie auch bei uns ein grosses Problem. Schon kleine Kinder lernen je nach binärer Geschlechtszuweisung einen völlig anderen Umgang mit ihrem Körper und lernen eine unterschiedliche Sprache, um über ihren eigenen und über die Körper anderer Menschen zu reden. Die Unterdrückung von nicht männlichen Körpern und einzelnen Körperteilen wie zum Beispiel der Vulva und all ihren Bestandteilen führt zu massiver geschlechtsspezifischer Gewalt. Das wissen wir alle. Und die Tabuisierung ist gleichzeitig auch ein Instrument zur Herstellung von Macht und Unterdrückung, global wie auch bei uns lokal.

Es ist darum sehr wichtig, dass sich die Gesellschaften mit diesen Themen beschäftigen, in der Hoffnung, dass durch eine Enttabuisierung diese Mechanismen durchbrochen werden können. Das ist ja zum Glück in den letzten Jahren durch emanzipatorische Bewegungen in verschiedensten Kontexten, auch im Kulturschaffen, passiert. Das sind sehr erfreuliche Entwicklungen, aber es braucht natürlich noch viel mehr Bestrebungen auf verschiedensten Ebenen. Der Vorstoss schlägt jetzt aber vor, dass die Stadt selber Vulva-Tage organisieren soll, die insbesondere einen Schwerpunkt auf eben die Kuratierung von Ausstellungen im öffentlichen Raum etcetera beinhalten sollen.

Wir finden eigentlich die Vorstellung, dass es solche Tage gibt in der Stadt Bern, recht interessant. Aber wir finden es ein bisschen eine komische Herangehensweise, dass die Stadt selber das organisieren soll. Und wir sind auch nicht so ganz so sicher, ob das dann im Sinne der Motionärinnen herauskommen würde so herauskommen würde, wie sie es sich vorstellen. Da wären wir jetzt ein bisschen skeptisch. Der Ver-

gleich mit der Anti-Ra-Woche, also der Antirassismus-Woche, wie er auch schon aufgebracht worden ist im Zusammenhang mit der Berichterstattung zu diesem Vorstoss, der hinkt ein bisschen, vor allem auch in Bezug auf die konkreten Forderungen der Motionärinnen, weil die Stadt dort eine Koordinationsrolle übernommen hat, so dass verschiedenste bestehende Gruppen und Institutionen, die sich seit Jahren antirassistisch engagieren, sich austauschen und weiterbilden und zusammen an die Öffentlichkeit treten können. Wenn es um Gewalt an Frauen geht, bestehen die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, die ja hier in der Stadt Bern – das haben wir auch schon ein paar Mal diskutiert, auch hier drin – eine sehr wichtige Funktion haben. Sie haben eine analoge Funktion wie die Anti-Ra-Aktionswoche.

Der Vorstoss stellt ja eben vor allem eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Vulva in den Mittelpunkt. Wir sehen nicht ganz ein, dass die Stadt selber da kuratierend aktiv werden soll. Wir finden vielmehr, dass die Stadt in ihrer Kulturförderung auch eine Rolle einnehmen soll beim Thema von Enttabuisierung von Sexualitäten und von Körperlichkeiten und auch dem Umgang von geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir finden aber auch, die Stadt soll durchaus aktiv werden können, wenn eben ein Koordinationsbedarf von verschiedenen Gruppierungen an die Stadt herangetragen wird. Aber das ist unseres Wissens in diesem Bereich nicht der Fall.

Wir hätten darum der Motion nicht zugestimmt aus dem Bereich. Aber wir finden das Thema an sich sehr wichtig und werden darum das Postulat überweisen und den Prüfungsbericht aber annehmen. Zum Schluss aber auch noch kurz ein paar Worte von unserer Seite zur Antwort des Gemeinderats: Ein bisschen schmunzeln haben wir müssen bei der Aussage an dieser Stelle, dass der Gemeinderat die Einschätzung mit den Unterzeichnenden teilt, dass der weibliche Körper sowie zum Beispiel das Menstruieren durchaus tabuisiert werden. Wir haben ja erst gerade vor ein paar Wochen über gratis Mens-Artikel geredet hier drinnen. Und da hat der Gemeinderat eigentlich das Gegenteil behauptet, dass nämlich bei Erwachsenen das Menstruieren kein Tabu mehr sei. Vielleicht müsst ihr gleich noch einmal ein bisschen miteinander darüber reden. Und jetzt aber noch im Ernst: Wir sind einig mit der Vorrednerin, dass es ein bisschen schräg ist, dass die Antwort zu dem Vorstoss sich vor allem auf die pädagogischen Projekte, also in Bezug auf sehr junge Menschen, konzentriert. Wir finden Projekte wie "Meine Körper gehört mir" natürlich sehr wichtige Punkte, aber dies zielt schon ein bisschen an den Forderungen des Vorstosses vorbei. Wir hätten uns da auch ein bisschen eine andere Antwort erhofft darauf. Und gleichzeitig teilen wir aber die Argumentation des Gemeinderats, dass es nicht die Aufgabe der Stadt ist, selber künstlerische Ausstellungen zu veranstalten. Und wir finden, so wie der Vorstoss daher kommt, braucht es nicht noch einmal eine vertiefte Prüfung und nochmal einen Bericht über das, darum werden wir auch den Prüfungsbericht so in dieser Form annehmen. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals Ursina. Als nächstes kommt für die SP/Juso-Fraktion Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Die SP/Juso-Fraktion wird den Vorstoss als Postulat unterstützen. Wir sind auch der Ansicht, dass die Tabuisierung von Vulven und weiblich gelesenen Körpern ein grosses Problem ist in unserer Gesellschaft und auch weltweit. Wir teilen die Meinung, dass hier eine umfassendere Sexualaufklärung wichtig ist. Auch die WHO Europa, Sexuelle Gesundheit Schweiz und die International Parenthood Federation vertreten die Meinung, dass eine ganzheitliche Sexualaufklärung bis ins Erwachsenenalter gehen soll, und dass auch ausserschulische Sexualaufklärung sehr wichtig ist. Ob aber Vulva-Tage, die von der Stadt Bern organisiert werden,

hier die richtige Massnahme sind, ist für uns aber zweifelhaft, wie das meine Vorrednerinnen auch schon ausgeführt haben. Die Stossrichtung finden wir aber – wie gesagt – grundsätzlich sehr wichtig und darum werden wir den Vorstoss als Postulat unterstützen.

Die Antwort des Gemeinderats überzeugt uns aber nicht so. Es werden einzig 2 bereits bestehende Schulprojekte vorgestellt, die zudem nicht wirklich einen direkten Bezug zu der im Vorstoss geforderten Enttabuisierung von Vulven haben. Zudem handelt es sich dabei ausschliesslich um – wie gesagt - Schulprojekte, obwohl – wie schon erwähnt - auch gerade die ausserschulische Sexualaufklärung sehr wichtig ist. Wir werden darum den Prüfungsbericht ablehnen.

Präsident: Merci vielmals, Paula. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hätte das Wort der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die engagierte Debatte. Merci auch für den Vorstoss, denn – es ist ausgeführt in der Vorstossantwort – der Gemeinderat findet es ein wichtiges Thema. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Schule der richtige Ort ist, um das zu verhandeln. Der Gemeinderat ist im Weiteren auch der Meinung, dass das durchaus auch in der Öffentlichkeit verhandelt werden soll. Wir finden kulturelle Veranstaltungen, in welcher Form auch immer, sind eine gute Form, um das Thema vom weiblichen Körper, auch von den weiblichen Genitalien, zu thematisieren. Aber ich glaube, und darin schliesse ich mich sehr der Sprecherin des grünen Bündnisses Ursina Anderegg an, dass es schief herauskäme, wenn das die Stadt selber organisieren würde. Wir sind sehr offen, das zu begleiten, auch zu diskutieren mit den interessierten Kreisen, und kulturelle Aktionen zu unterstützen, aber ich glaube, die Stadt sollte sich dort in gewissem Sinn ein bisschen zurückhalten. Wenn es Aktionstage gibt, wenn aus der Zivilgesellschaft heraus so etwas aufgeführt wird, dann werden wir dies, sei es als Veranstaltungen, sei es als kulturelle Aktionen, sicher sehr wohlwollend begleiten. Wenn ihr jetzt den Prüfungsbericht ablehnt, würde das ein bisschen Ratlosigkeit bei uns auslösen. Ein neuer Prüfungsbericht würde vermutlich ein bisschen ähnlich klingen wie der bisherige. Also ich danke euch, wenn ihr auch den Prüfungsbericht annehmen könntet zu dem Postulat. Und ich danke auch für die Wandlung der Motion in ein Postulat. Herzlichen Dank.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir stimmen in dem Fall ab über Traktandum 8 als Postulat.

Abstimmung

2019.SR.000052: als Postulat

Annahme

Ja	45
Nein	22
Enthalten	1

Namensliste 008

Präsident: Das Postulat ist angenommen worden. Wir stimmen jetzt ab über den entsprechenden Prüfungsbericht.

Abstimmung

2019.SR.000052: Prüfungsbericht

Annahme

Ja	39
Nein	23
Enthalten	4

Namensliste 009

Präsident: Der Prüfungsbericht ist angenommen. Wir kommen zum Traktandum 9.

2019.SR.000244

9 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Klimapolitik der Stadt Bern: Grüne Lungen in der Stadt müssen erhalten bleiben: das Gaswerkareal bleibt grün!

Präsident: Das ist, wie per Ordnungsantrag zugestimmt, eine reduzierte Debatte. Da erteile ich das Wort den Motionären: Für die Einreichenden hat das Wort Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich weiss, ihr wollt das Traktandum nur kurz abgehandelt behandeln. Ich mache es kurz, aber es ist wichtig: Denkt daran, das wäre ein einzigartiger Ort für eine grüne Lunge. Das Gaswerkareal – denkt daran -, wenn ihr die 10- oder 12-Millionen-Schweiz wollt., welche die SVP nicht will, dann müssen die Leute irgendwo einen Naherholungsraum haben und der ist dann dort unten. Da müsst ihr nicht im Bremgartenwald irgendwie eine Lichtung freischaufeln gehen und dort nachher irgendein paar ein paar Grillen machen. Aber wie gesagt das Gaswerkareal ist immer ein heikler Ort gewesen. Ich habe immer schon gefunden, es ist knapp ... also nicht knapp, sondern sehr heikel, dass der Herr Stadtpräsident, der früher bei Losinger Marazzi gearbeitet hat, dort ein Projekt dermassen stark vorangetrieben hat. Es haben ja ein Haufen Leute an diesem Projekt verdienen können. Ich finde das heikel. Wir haben hier klare Anträge gestellt, zu denen ich auch Rückmeldungen habe, positive Rückmeldungen, und zwar nicht von unseren Wählern, sondern von Wählern von Rot-Grün, die sagen, es sei eine einzigartige Chance. Aber ihr seid drauf und dran, das zu verdummen. Leider, wie ihr andere Sachen auch verdummt habt. Das wäre eine Chance, grossräumig dort etwas zu machen. Aber ich sage immer, wenn man irgendwie für die eigenen Interessen etwas machen kann, dann kann man auch den Dählhölzliwald irgendwie umhacken und dort nachher eine autofreie Velo-Siedlung machen, die hoch subventioniert ist. Das ist Zeug von der Stadt. Wenn dann irgendjemand noch zusätzlich viel verdienen kann, weil er Beziehungen gehabt hat vorher oder nachher, ist es eben umso übelreicher, und dann machen wir die Sachen kaputt. Darum bitte ich hier, eine Vorlage auszuarbeiten, die den Verzicht auf die Überbauung vorsehen tut. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alex. Wir wären bei den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Ja, von Simone Machado.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Das ist ein wichtiger Vorstoss. Es ist wirklich wichtig, dass das Gebiet erhalten bleibt und nicht überbaut wird. Es wird immer überbaut in der Stadt Bern mit der Ausrede, günstigen Wohnraum zu schaffen. Aber wenn man neu baut, dann wird es einfach nicht günstig. Das haben wir ja jetzt auf dem Viererfeld gesehen, die Probleme, die da entstehen. Es ist einmalig das Gaswerkareal mit der Lage an der Aare, in der Nähe des Gaskessels, mit einer Au-ähnlichen Landschaft. Das sollte wirklich ... Wenn wir grün sein wollen, dann sollte man das erhalten.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Dann käme als nächstes Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist eine Frage der Zeit, dass man das Gaswerkareal zubetonieren will. Es bringt nichts, wenn man in der Stadt die grünen Flächen zubetonieren tut. In Amerika macht man das Gegenteil: Man tut zum Teil die Quartiere wieder entflechten von Beton. Man tut Grünflächen, schaffen, Naturerholungsgebiete. Man hat immer zu wenig Wohnraum. Wir von der SVP sagen: "Tja, zu wenig Wohnraum". "Es braucht mehr Wohnraum", sagt ihr, "es braucht mehr Wohnraum". Aber es braucht eben dann nicht nur mehr Wohnraum, sondern auch mehr Schulen und mehr Infrastruktur. Wenn wir in der Stadt nachher dann plötzlich 250'000 Einwohner haben, stimmt dann die Infrastruktur auch nicht. Und für mich ist es ganz klar, dass man das Gaswerkareal nicht verbauen soll.

Präsident: Merci vielmals, Thomas. Ich sehe keine weiteren ... Doch, ich sehe weitere Voten: Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Also ich will es kurz machen. Ich danke anfangs einmal der Simone, dass sie uns hier hilft unterstützen. Es ist natürlich schon so. Ich gehe selber noch relativ viel in die Aare zum Schwimmen, gehe dann vom Marzili nach vorne zum Schönausteg. Und es ist natürlich einfach ganz ein schönes Gebiet dort mit Bäumen und Wiesen. Es hat Platz für alternativen Wohnraum, der bereits entstanden ist. Es hat aber auch anderes wie den Zirkuswunderplunder, das dort Platz findet, und eben für eine gewisse Zeit dortbleiben kann. Und jetzt will man das einfach alles wieder zubetonieren. Ich finde das einfach sehr schade und tue das auf jeden Fall auch bekämpfen. Danke.

Präsident: Merci, Ueli. Dann käme Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Nur, dass es nicht so Verzerrungen vom Protokoll gibt, weil nachher das Protokoll sagt, alle seien dagegen gewesen. Die Stimmung im Rat ist total anders. Ich glaube, die Mehrheit hier drin will, dass das Gaswerkareal entwickelt wird, dass dort etwas entsteht im Zusammenhang mit dem Grünbereich, der weiterhin an dem Ufer vorhanden sein wird, weil nur hinten gebaut wird. Wir wachsen als Stadt, als Land. Die Menschen kommen. Die Menschen brauchen Wohnraum. Und wenn ihr keine neuen Wohnungen baut, habt ihr einfach dann die Option ... Die Mieten werden dann einfach noch höher, die Belastungen werden noch höher. Es kann keine Politik sein, einfach überall grüne Lungen produzieren zu wollen, ohne Rücksicht darauf, wo die Leute dann wohnen gehen sollen. Deswegen wir sind ganz klar dafür, dass es jetzt im Gaswerk weitergehen muss. Merci.

Präsident: Merci, Johannes. Es folgt Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich möchte Johannes Wartenweiler danken, dass er nach vorne gekommen ist. Er ist der Einzige von RGM, der hier zu dem heissen Eisen Position bezogen hat. So etwas schätze ich. Es zeugt auch von Respekt vom politischen Gegner, den ich schätze. Ich möchte einfach ganz klar sagen: Ich habe einfach dann Mühe, wenn die gleichen Kreise, die jetzt teilweise hier sitzen, irgendwie sagen "Wir müssen kämpfen gegen die Versiegelung. Wir müssen irgendwie im Breitenrain ein bisschen das Baumband von 50 auf 60 Zentimeter ausdehnen oder dort noch eine Grünreihe schaffen." Hier kann man etwas machen. Und jetzt der Vorwurf, das nehme ich gerne auf, wir würden vor allem für grüne Lungen kämpfen und die Leute hätten dort keinen Platz. Ja, die SVP ist immer der Meinung, dass wir keine 10- oder 12-Millionen-Schweiz wollen. Die Initiative ist auf gutem Weg. Ich habe das Gefühl, die könnte durchkommen. Und dann auch das Zweite müssen wir anschauen: Wir haben Wohnraum. Er ist vielleicht teilweise am falschen Ort, aber wir haben Wohnraum in Aarberg oder in Huttwil. Ich erinnere alle von euch, die damals am Ausflug mit Regula Bühlmann in Huttwil waren: Dort hat es viele Leerstände. Auch Aarberg und Lyss haben Leerstände. Jetzt, wenn ihr immer von Nachhaltigkeit redet und sagt "Homeoffice", dann sind das die Ansätze. Dann müsst ihr nicht ...

Präsident: Bitte langsam zum Schluss kommen.

Alexander Feuz (SVP) fährt fort: ... dort in den grünen Lungen, die dort sind, müsst ihr nicht alles überbauen. Danke für die Unterstützung.

Präsident: Merci, Alex. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Dann hätte das Wort der Stadtpräsident Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die kurze Debatte. Die längere Debatte wird kommen. Wir haben in den letzten 3 Wochen ja die Öffentlichkeit informiert. Wir haben vor 10 Tagen einen Publikumsanlass gehabt. Es sind 200 Leute in das Gaswerk gekommen und haben sich informieren lassen. Auch einzelne Stadträtinnen und Stadträte sind dabei gewesen. Wir werden im nächsten Jahr die Debatte über das Gaswerk führen. Wir werden demnächst ein Baugesuch einreichen für das Schulhaus. Wir werden über das Schulhaus hier eine Diskussion führen. Wir möchten nachher, im nächsten Jahr, die Abstimmung haben über Schulmodulbauten. Wir werden Anfang nächsten Jahres die neue Planung, den neuen Zonenplan auflegen und werden anschliessend dann auch die Debatte über den Zonenplan und dann auch die Volksabstimmung über den Zonenplan im Stadtrat und in der Volksabstimmung führen.

Also die ganze Sache wird verhandelt. Sie können dem dann zustimmen oder es ablehnen. Und die Ablehnung könnte man dann nachher selbstverständlich auch wieder brauchen für die Diskussion über diese Motion und die Fragen, die in der Motion aufgeworfen werden. Das heisst also: Die Diskussion ist nicht verweigert, sondern verschoben. Sie wird stattfinden, bereits im nächsten Jahr in diesen Hallen hier. Ich freue mich auf die Diskussion und freue mich, wenn Sie sich mit dem Gaswerk ernsthaft und vertieft auseinandersetzen. Es ist ein wichtiges Areal hier in Bern. Es ist ein Areal, das für uns alle wichtig ist, das uns allen auch am Herzen liegt. Dementsprechend werden wir dann auch eine engagierte, tiefe und wichtige Diskussion führen können. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über Traktandum 9 als Motion.

Abstimmung

2019.SR.000244		
Ablehnung		
Ja	7	
Nein	59	
Enthalten	0	Namensliste 010

Präsident: Sie haben die Motion abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum 10.

2018.SR.000148

10 Postulat Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Michael Sutter, SP): Reparationen statt selbstverpflichtete Wohltätigkeit der Bürgergemeinde – Anerkennung einer gemeinsamen historischen Verantwortung

Präsident: Das ist ein Postulat, das durch den Gemeinderat bestritten ist. Ich übergebe darum das Wort den Einreichenden. Für die Einreichenden kommt Halua Pinto.

Halua Pinto de Magalhães (SP) für die Einreichenden: Die Bürgergemeinde ist überall und nirgends. Aus den Niederungen der Restaurations-Epoche hat sie sich neu erhoben wie der Phönix aus der Asche mit prächtigem Federgewand. Aber das hat sie nachher gerade wieder abgelegt, weil der Style, den sie heute fährt, der ist Camouflage. Unangenehme Angelegenheiten behält man gerne unter dem Radar. Damit steht sie eigentlich sehr sinnbildlich für den Staat Schweiz, der selbst immer überrascht zu sein scheint über eigene Verstrickungen in unrühmlichen Machenschaften: Rohstoffhandel ohne Rohstoff, Goldverarbeitung ohne Goldvorkommen, Kolonialwaren ohne Sklavenarbeit. Diese Widersprüchlichkeiten sind ein zentraler Ausgangspunkt für das Selbstbild vom Sonderfall. Die Verantwortung schiebt man gerne ab. Ein Blick auf die Entwicklungen in den letzten paar Jahrhunderten zeigt: So zufällig ist das Ganze eben nicht gewesen. Die Schweiz ist im 18. Jahrhundert eines der wichtigsten Zentren der Kapitalakkumulation gewesen, und das neben England und Holland. In Europa hat es im 18. Jahrhundert kaum eine Möglichkeit der kollektiven Kapitalbildung gegeben, die sich die Schweizer Kantone hätten entgehen lassen. In der Schweiz hat es dann eine Elite gegeben, die international vernetzt gewesen ist, die mit dem Handel von Söldnerdiensten sich im Spätmittelalter hat Freiheiten aushandeln können und mit dem auch reichlichen Geldfluss erzeugt hat. Bern ist zu dieser Zeit einer der mächtigsten Stadtstaaten nördlich der Alpen gewesen und damit auch ein relevantes Rädchen in der europäischen Expansion. Primäre Akkumulation nennt man die Phase des frühen Kapitalismus'. Und das Geschäftsmodell des Ancien Régimes hat auf den Ausbau von feudalen Privilegien abgezielt; ein System der Ausbeutung mit expansiver Landnahme. Noch heute findet man im ganzen Kanton Bern Ländereien der Bürgergemeinde, und dabei geht es nicht um genossenschaftliche Bewirtschaftungen als Allgemeingut. Das ist für die Bürgergemeinde grossmehrheitlich irrelevant. Der Wert des Bodens ist nicht die Nutzung, sondern die Inwertsetzung, die Kommodifizierung. Es ist also kein Wunder, hat man die Macht damals nicht einfach abgeben wollen, und das schon gar nicht nach dem Abgang von Napoleon.

Einige Privilegien hat man schlussendlich trotzdem noch ins Trockene holen können, trotz der revolutionären Umwälzungen in ganz Europa zu dieser Zeit. Die Bürgergemeinde in heutiger Form existiert seit 1832 und der Clou ist sicher die anschliessende Vermögensausscheidung gewesen. Trotz dem Lob des Kantons, wie es der Gemeinderat erwähnt, ist das Vermögen dannzumal sehr geschickt aufgeteilt worden, nämlich so, dass man noch bis heute in der Stadtentwicklung ablesen kann, wo man Einfluss genommen hat. Die Bürgergemeinde hat ihre zentrale räumliche Präsenz mit repräsentativen Bauten und Zunfthäusern, aber auch in Denkmälern und Strassennamen verewigt. Damit steht die Bürgergemeinde eben auch für das ideale Vermächtnis des Ancien Régimes und performt das in ihrem Habitus und eben auch in den Traditionen, welche die Konstruktion von Identität sind. Mit diesen Traditionen hat man die Einübung und Normalisierung von Machtverhältnissen. Dies ist auch genau die Grundlage, die beim Aufstieg von Europa im 19. Jahrhundert, in Wechselwirkung mit diesen identitätsstiftenden Systemen, das Überlegenheitsgefühl für ewig verfestigt hat. Das nennen wir heute Euro-Zentrismus. Machtpolitische Realitäten und Praxen werden dabei ausgeblendet. Ein Paradebeispiel dafür ist, wie zentral in der Entwicklung der modernen Bürgergemeinde die Legitimierungsfrage ist. Dieser widmet sie sich in sämtlichen Aktivitäten, und dies resultiert auch in der selbstaufgelegten Wohltätigkeit. Die Frage, die sich heute halt stellt, ist: Wer kommt in diesen Aktivitäten vor und wer nicht? Wer kommt in der Geschichte von Bern vor? Was wird erzählt und was wird ausgelassen? Die Bürgergemeinde ist überall, aber nirgends, wenn man über diese Frage reden will. Um noch kurz auf die Antwort des Gemeinderats einzugehen: Die Rechtslage ist uns Einreichenden sehr wohl bewusst. Die Forderung ist eine Strategie, bestenfalls zusammen mit der Bürgergemeinde. Und ich bin mir sicher, dass so eine Vorgehensweise eine Signalwirkung hat, die auf kantonaler Ebene sehr viel in Bewegung bringen würde. Die Antwort genügt darum nicht als Postulatsbericht. Der Vorwand von der historischen Kontextualisierung dient hier einfach zur Abgrenzung, anstatt die Türe zu öffnen für einen Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit. Das ist eine Entpolitisierung der Erinnerungskultur. Dabei braucht es im Gegenteil eine Institutionalisierung der gesellschaftspolitischen Debatte. Es braucht gleichzeitig aber auch einen Kulturwandel und Transformationsprozess in der Gesellschaft. Ohne Öffnung des sozialen Raums für eine breite öffentliche Debatte wird eine multidirektionale Erinnerungskultur schwierig. Es müssen eben Geschichten – verschiedene Geschichten – vorkommen, die nebeneinanderstehen können und einen gegenseitigen Austausch erlauben. Die grundlegende Frage ist: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Ich hoffe, ihr unterstützt das Postulat und lehnt den Postulatsbericht ab.

Präsident: Merci, Halua. Wir sind bei den Fraktionsvoten: für die FDP/Jungsfreisinn-Fraktion Dolores Dana.

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion: Das ist mein letztes Votum, und dann lasse ich euch in Ruhe. Ich lege meine Interessenbindung offen: Ich bin nicht Bernburgerin, sondern ich bin Bürgerin von Bern; bin aber froh, gibt es die Bernburger. Zum Vorstoss: Der Stadtrat hat vor etwa gefühlt 6 Wochen einen Vorstoss hier überwiesen – leichte Sprache, und zwar über die ganze Verwaltungsschreiberei inklusive der Gesetze. Dieser Vorstoss hätte den Test leichte Sprache definitiv nicht erfüllt und beim Pisa-Test hätten wahrscheinlich die meisten auch ein Problem gehabt. Es ist halt ein geschichtsbeladenes Thema. Aber fassen wir doch den Vorstoss zusammen, so dass ihn alle verstehen können: Den Postulanten geht es darum, dass geprüft wird, wie man sich den Grundbesitz und das Geld der Bernburger einverleiben kann. Die Klamme,

beziehungsweise rote Stadtberner Kasse lässt grüssen. Wenn nicht 2 rot-grüne Gemeinderäte Bernburger wären, könnte man glatt meinen, das sei eine Idee des Gemeinderats. Aber vielleicht gehört eben die Tätigkeit als Gemeinderat in die Kategorie der selbstverpflichteten Wohltätigkeit.

Nach einer gescheiterten Fusion – wir erinnern an Ostermundigen –, die scheinbar dem Motto "aus den Augen, aus dem Sinn" folgt, nimmt man sich der nächsten Fusion an, die schon per se nicht möglich ist und zwar rechtlich, also von Beginn an zum Scheitern verurteilt ist. Wir danken dem Gemeinderat an dieser Stelle für die klare und kurze Antwort. Die Antwort hätte den Test der leichten Sprache eher bestanden als der Vorstoss. Die Ausführungen im Vorstoss, obwohl mit Studien unterlegt, haben eine entsprechende politische Schlagseite. Es gibt in der Schweiz 2'136 Einwohnergemeinden, politische Gemeinden und rund 1'650 Bürgergemeinden und Korporationen. Im Kanton Bern sind es 337 Einwohnergemeinden und rund 260 Bürgergemeinden, Korporationen, Zünfte und Gesellschaften. Die Bürgergemeinde finanziert ihre Leistungen für die Allgemeinheit, im Unterschied zur Stadt, nicht durch Steuern, sondern durch Vermögenserträge. Die Bürgergemeinde hat keine Steuerhoheit und zudem ist sie dann auch bei ertragsbringenden Tätigkeiten steuerpflichtig. Steuern! - Ausrufzeichen –, da sollten doch die SP-Äuglein glänzen.

Der Grundbesitz der Bürgergemeinde in der Einwohnergemeinde Bern besteht aus 85% Wald, 3% Landwirtschaftsland und nur 12% sind Liegenschaften und Baurechte. Apropos: Be careful what you wish for" oder wie es mein Professor für Sachenrecht formuliert hat: Eigentum verpflichtet. Ich erinnere an dieser Stelle auch an das naturhistorische Museum, den Dählhölzliwald, den Bremgartenwald, die Englischen Anlagen, das historische Museum, das Burgerspital und ans Casino. Viel, viel Geld wird hier in die Hand genommen, also so nicht-präsent sind sie eigentlich nicht. Die Stadt müsste hier für all die Gebäude und für all die Sachen, die da geleistet werden, selber aufkommen, beziehungsweise auch noch den Anteil der Bürgergemeinde übernehmen. Zum Glück sind die Sachen nicht nur bei der Stadt. Wir folgen dem Antrag des Gemeinderats und lehnen den Punkt 1 des Postulats ab. Die Stellungnahme 2, also das heisst den Prüfungsbericht, nehmen wir an.

Präsident: Merci vielmals, Dolores. Dann käme als nächstes Lea Bill für die Fraktion GB/JA.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich komme jetzt sehr gerne nach der Rede meiner Vorrednerin wieder auf den Kernpunkt des Vorstosses zurück. Es geht nämlich hier um Anerkennung von historischer Verantwortung. Es ist auch noch bekennd, dass man das gerne ausblendet. Das Postulat zeigt schön auf, wie sehr die Bürgergemeinde das Produkt der feudalen Gesellschaft ist. Es mag eine Aushandlung gegeben haben zur Verteilung des Vermögens 1852. Dieselbe mag noch so friedlich gewesen sein, sie ist aber vor allem ein Sinnbild dafür, dass vermutlich bereits dann die Mächtigen in der Bürgergemeinde gesessen sind und die Einwohnergemeinde den Kürzeren gezogen hat.

Aber eigentlich ist es gar nicht so wichtig, was der Inhalt der Forderungen von diesem Postulat ist, so wie wir auch schon ganz viele verschiedene Vorstösse zur Bürgergemeinde hier im Rat behandelt haben. Auch dort ist es eigentlich gar nicht mal so darauf angekommen, was die Forderungen sind, weil das ist eigentlich egal gewesen, denn der Grundsatz des Gemeinderats ist klar und sakrosankt: Die Bürgergemeinde wird nicht angetastet. Dabei versteckt sich der Gemeinderat in beiden Punkten hinter dem

Kanton. Beim ersten Punkt, also der Zusammenschliessung der Einwohner- und Bürgergemeinde, da versteckt er sich hinter dem kantonalen Gemeindegesetz. Und im zweiten Punkt sagt der Gemeinderat, es sei ja zwar schon sehr viel Schlimmes passiert im Namen der Bürgergemeinde, aber dazu habe ja der Grossrat jetzt einen Entscheid gefällt, das sei jetzt halt einfach so. Und ich will jetzt hier an dieser Stelle auch noch sagen: Die Southsea Company ist nicht einfach ein bisschen im Sklavenhandel verstrickt gewesen. Sie hat ganz klar Geld damit gemacht. Da ist eine Verharmlosung komplett falsch am Platz.

In dem Zusammenhang ist der Gemeinderat sich auch nicht zu schade, das Demokratiedefizit, das seit der Gründung der Bürgergemeinde herrscht, und den vorliegenden Vorstoss einmal mehr so ein bisschen rein zu waschen. Er schreibt nämlich, dass all die Hindernisse für das allgemeine Stimm- und Wahlrecht im 18. Jahrhundert, dass diese so gross gewesen sind, so dass wir eigentlich die Beseitigung von diesen Hindernissen in umso schönerem Licht jetzt anschauen können. Also da frage ich mich schon: Ist das wirklich ernst gemeint? – So unter dem Motto: Kolonialismus und Sklavenhandel seien schlimm gewesen, aber das sei auch supergut, weil sich dann nachher endlich all die Länder und Menschen haben befreien können, und dann sei das ja alles super gewesen. Also ich weiss ja wirklich nicht genau, was das für eine spannende Interpretation ist; beziehungsweise wirklich irgendwie auch eine ziemlich fadenscheinige Argumentation dafür, dass man nicht mehr machen kann, als im Stadtarchiv ein paar Akten digitalisieren zu lassen. Fakt ist, dass die Existenz der Bürgergemeinde seit ihrer Gründung zu 100% einer Demokratie widerspricht. Erst recht einer Demokratie, einem Demokratieverständnis, wie wir es heute haben. Und die Zeit sollte jetzt eigentlich echt vorbei sein, in der man den Kolonialismus verharmlosen tut und die Bürgergemeinde weiterhin einfach als Wohltäterin hinstellt und sagt: "Ja, die ist jetzt einfach unersetzbar". Fakt ist aber auch – das müssen wir eingestehen –, dass der Gemeinderat vermutlich nie irgendetwas gegen die Bürgergemeinde machen wird. Er ist ja selber auch Teil der Bürgergemeinde, zumindest 2 heutige Gemeinderäte sind das so. Dementsprechend werden wir wohl nie irgendetwas schaffen können in dieser Stadt Bern, in dieser Einwohnergemeinde, um gegen die Bürgergemeinde vorzugehen. Und somit ist es eben auch weiterhin halt einfach so das Problem wie schon beim Begründungsgründungspunkt der Bürgergemeinde: Die Mächtigen hocken in der Bürgergemeinde und die Einwohnergemeinde hat das Nachsehen. Die GB/JA-Fraktion wird wie bei früheren Gelegenheiten dem Zusammenschluss von den beiden Gemeinden natürlich zustimmen und nimmt auch das Postulat in beiden Punkten an. Merci.

Präsident: Merci, Lea. Dann kommt als nächster David Böhner von der AL/PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich möchte zuerst einmal Halua Pinto und Michael Sutter für den lehrreichen Beitrag danken. Euer Postulat ist eine schöne Zusammenfassung des demokratiepolitisch fragwürdigen Gemeindedualismus' in der Stadt Bern. Leider ist es bei der letzten Totalrevision der kantonalen Verfassung verpasst worden, den alten Zopf abzuschneiden. Im Gegenteil: Offenbar ist in der Verfassung sogar festgeschrieben, dass es mit der aktuellen Gesetzgebung gar nicht möglich ist, die Bürgergemeinde mit der Einwohnergemeinde zu vereinen. In unserem Gemeinwesen lebt also weiterhin der Geist von der alten aristokratischen Ordnung. Die Fraktion AL/PdA findet das stossend und unterstützt darum das Postulat.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er nicht alte, vordemokratische Strukturen stützen tut, sondern sich dafür einsetzt, dass insbesondere der Boden auf dem Berner Gemeindegebiet – immerhin ist 1/3 davon in Bürgerhand – in den Stadtbesitz eingegliedert wird. Dass also die Revolution vollendet wird und der Boden der Bürgergemeinde enteignet wird. Es freut uns immerhin, dass der Gemeinderat empfiehlt, den Punkt 2 des Postulats erheblich zu erklären. Allerdings finden wir, dass er es sich ein bisschen einfach macht, wenn er aufzählt, welche historischen Untersuchungen im Internet publiziert worden sind und im Stadtarchiv zugänglich sind, welche die Stadt mitfinanziert hat. Wir sind der Meinung, dass eine solche Würdigung des verursachten Unrechts und Leids nichts mit den von diesem Postulat geforderten Reparationen zu tun hat. Wir wünschen uns einen sichtbaren Ausdruck davon im öffentlichen Raum. Darum tut die Fraktion AL/PdA die Antwort als Begründungsbericht zurückweisen und sonst beide Punkte des Postulats annehmen.

Präsident: Als nächstes kommt für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich komme zu diesem Vorstoss. Ich möchte zuerst Dolores Dana danken, welche die Sache eigentlich minutiös seziert hat: Dass das so eben nicht geht, wie es die Postulanten machen wollen. Ich möchte ganz klar festhalten, dies ist wieder einmal mehr ein Vorstoss, der Änderungen vom Gemeindegesetz auf kantonaler Ebene vorsieht. Das können wir hier gar nicht beschliessen, selbst wenn auch die SVP dafür wäre und sogar alle. Das ist etwas, das gar nicht in unserer Kompetenz ist. Das müssen wir klar so sehen. Da müssten eure Vertreter im Grossen Rat ... Die haben die Möglichkeit, die können das machen, wenn sie wollen. Ich gehe einfach davon aus, wenn die Bürgergemeinde so mit dem Geld umgeht wie die Stadt Bern – ich bringe dazu immer das Beispiel Kühlewil, das für 30,3 Millionen saniert und nachher ein Jahr später für 12,8 Millionen Franken verkauft worden ist –, dann wäre die Bürgergemeinde schon längst Konkurs und müsste irgendwie wahrscheinlich dann eingemeindet werden. Ich weiss nicht, ob von Muri oder von der Gemeinde Zollikofen oder von Zumikon in Zürich. Einfach nur das zum einen.

Nachher auch zum zweiten: Viele Sachen sind nicht gut gelaufen. Da gebe ich durchaus recht. Das sind die ersten Aktiengesellschaften gewesen, das weiss ich noch von den Vorlesungen zur Rechtsgeschichte von Professor Caroni, damals Mitglied der Partito Socialista Autonomo. Das hat man gebraucht. Ja, die ersten Aktiengesellschaften ... Das Hotel Du Théâtre in Bern, das ist teilweise im Südsee- und Kolonialwarenhandel tätig gewesen. Aber jetzt hier noch Reparationen zu verlangen, hier noch irgendwelche Sachen jetzt ... Das ist allgemein historisch bekannt. Für mich ist das wirklich etwas ... Da könnten wir dann lieber reden von diesen Sachen vom Kommunismus, der noch nicht so vor langen Jahren war. Wir könnten von Nordkorea reden. Wir könnten von der Sowjetunion reden. Wir könnten von Kuba reden. Die SP, genauer Franco Cavalli, der immer das System in Kuba gross gelobt hat. Die haben Erschiessungen gemacht. Die Bourgeoisie oder was auch immer, die hat man erschossen. Dann könnte man dann auch das machen und sagen. Auch die Reisen der Herren Hubacher und Vollmer in die DDR, die waren auch höchst problematisch. Diese liegen dann weniger weit zurück als diese Geschichten. Und es hat sogar Schweizer gegeben, die auf der Seite der Südstaaten gekämpft haben. Das kann man auch noch thematisieren. Jetzt müssen wir einfach mal aufhören. Für mich ist ganz klar: Wo haben wir Probleme in der Stadt und wo haben wir sie nicht?

Ich möchte es vielleicht noch ganz klar sagen: Ich bin ein stolzer Berner Oberländer. Ich bin also kein Bernburger. Ich habe ein wenig Hugenottenblut und ich habe noch

etwas italienisches Blut vom Aostatal. Ihr seht, ich bin also kein Bernburger, der jetzt da seine Pfründe verteidigen tut. Und darum bin ich mit umso mehr Verve hervorgekommen, um das zu verteidigen. Damit wir eben hier nicht den Fehler machen und hier etwas verschlagen, das unsinnig ist. Und über das Gaswerkareal habt ihr nicht diskutieren wollen. Das wäre etwas gewesen für die Zukunft. Aber über die Ziffer 1 zu diskutieren, über die man im Grossrat diskutieren sollte, da habt ihr stundenlang Zeit. Das zur Ratseffizienz. Merci.

Präsident: Merci Alex. Dann käme Michael Sutter von der SP/Juso-Fraktion.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Zusammenwachsen soll, was zusammengehört, hat es in der letzten Zeit doch etwa geheissen. Wenn das nicht gerade auf die Einwohnergemeinde Bern und die Burgergemeinde zutreffen soll, ja auf wen denn sonst? Oder warum soll die Burgergemeinde, in der sich die Machtelite vom alten Bern nach der Befreiung unserer Stadt durch Napoleon neuformiert hat, warum soll diese unbedingt eigenständig bleiben? Ist es halt gleich ein bisschen das Gemeinwesen der Mehrbeseren oder wie es Madame De Meuron formulieren würde, von denen, die jemand sind? Und warum soll es im 21. Jahrhundert eigentlich so etwas noch brauchen? Es ist doch alles ganz anders. Ja, so simpel ist es vielleicht schon nicht gerade, aber das sind Fragen, über die sich eine Diskussion definitiv lohnen würde. Bestehende Strukturen zu hinterfragen, ist gerade auch im behäbigen Bern vielleicht nicht besonders aussichtsreich, aber umso wichtiger. Leider verweigert sich der Gemeinderat dieser Diskussion und versteckt sich hinter irgendwelchen Paragraphen. Ja, heute ist eine Fusion im Kanton Bern von diesen 2 Gemeinden 1 zu 1 nicht möglich. Das fordert der Vorstoss aber auch nicht, wenn man ihn genau lesen würde. Wir wollen eine Strategie, welche die 2 Gemeinwesen mittelfristig vereinigt, so dass die Burgergemeinde damit demokratisiert wird.

Dass der Gemeinderat mit seinem vierzigprozentigen Burgerrat das nicht will, ist zwar nachvollziehbar, aber trotzdem schade. Ich werde nie vergessen, wie wir Einreichenden dieses Vorstosses vom damaligen Burgerratspräsidenten zu einem Austausch eingeladen worden sind – oder vielleicht sage ich besser: vorgeladen worden sind –, mit dem erklärten Ziel, dass wir – Zitat – den Vorstoss so schnell wie möglich zurückziehen. Der Schlossherr aus dem Jura ist extra nach Bern runtergestiegen für uns, sekundiert vom burgerlichen Haushistoriker, um zu erklären, dass so etwas nicht öffentlich zu diskutieren sei. Eine Diskussion über ihre Existenzberechtigung ist der Burgergemeinde zumindest dann doch ein bisschen zu heiss gewesen. Das hat uns das Selbstverständnis von dieser feinen Gesellschaft eindrücklich vor Augen geführt. Was die Bürger nicht wollen, das soll es in Bern auch nicht geben. So sind sie es sich ja schliesslich seit jeher gewöhnt. Von der FDP haben wir vorher sinngemäss gehört, die haben mega viel Geld. Das macht sie zwar vielleicht nicht gerade zu besseren Menschen, aber zumindest wahnsinnig verantwortungsbewusst und entsprechend vertrauenswürdig.

Und wenn immer wieder die Leistungen für die Allgemeinheit der Burgergemeinde in den höchsten Tönen gelobt werden und probiert wird, sie zu ihrer Existenzberechtigung umzubiegen, dann zielt das am Thema und am Ziel des Vorstosses ziemlich deutlich vorbei. Es geht nicht darum, das kulturelle und soziale Engagement der Burgergemeinde in Abrede zu stellen. – Ich muss dazu vielleicht noch sagen, dass das kantonale Recht sie dazu verpflichtet. Es bleibt ihnen also eigentlich auch gar nichts anderes übrig. Das Marketing, das dafür betrieben wird, ist aber zweifellos sehr professionell. Anders als bei den Einwohnergemeinden ist es aber dann nicht die Allgemeinheit, die

in demokratischen Prozessen darüber entscheidet, wer in den Genuss von dieser Wohltätigkeit kommt, sondern ein exklusiver Zirkel von Leuten, die qua Geburt oder durch einen teuren Einkauf dazugehören. Dass so über die Verwendung von öffentlichem Eigentum entschieden wird, ist nicht nur – wir haben es auch schon gehört – überhaupt nicht demokratisch, sondern vor allem auch gar nicht mehr zeitgemäss. Darum ist es wichtig, Alternativen zu diesem Zustand zu suchen und zu diskutieren. Wir stimmen dem Vorstoss darum zu und lehnen den Prüfungsbericht ab.

Präsident: Merci vielmals, Michael. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Dann käme Corina Liebi.

Corina Liebi (JGLP), Einzelvotum: Ich bin wirklich schockiert heute Abend. Die historische Herleitung der Einreichenden, die diversen Zeitsprünge und auch die Vermischung von historischen Fakten von diversen Sprechenden, die sie heute hier zum Besten gegeben haben, sind einfach hanebüchen. Als Historikerin stellen sich mir alle Haare zu Berge. Ich bitte euch, die hier gemachten Aussagen kritisch zu hinterfragen. Das sind absolute Vereinfachungen. Man kann sie sogar als Fake News bezeichnen. Zudem finde ich das Bürgergemeinde-Bashing, das heute Abend hier stattgefunden hat, einfach nicht tragbar. Das ist nicht konstruktiv und so kommen wir gemeinsam auch nicht weiter.

Präsident: Danke, Corina. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten. Ah, doch: Halua Pinto.

Halua Pinto de Magalhães (SP), Einzelvotum: Merci für die Richtigstellung und den Anachronismus-Vorwurf, der immer in den Raum gestellt wird, wenn man versucht, entgegen dem Mainstream irgendwelche historischen Gegebenheiten neu zu bewerten. Es ist klar, dass man unter den heute herrschenden Machtverhältnissen gewisse historischen Fakten anders bewertet. Mir ist völlig klar, dass damals die herrschende Meinung eine völlig andere gewesen ist. Aber alle Informationen, die in meinem Vorstoss vorkommen und in meinen Reden publiziert worden sind – und ich kann dir nachher die Quelle angeben –, sind von Leuten, die aktuell in der Forschung zur postkolonialen Theorie tätig sind oder auch in der historischen Abteilung. Es sind vielleicht nicht deine engsten Kolleginnen und Kollegen. Aber ich finde, es ist ein bisschen respektlos, wenn du das denen einfach in Abrede stellst und behauptest, dass sie irgendwelche wissenschaftlichen Grundsätze verletzen.

Präsident: Als nächster Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Gestützt auf das Votum von Halua Pinto habe ich mich veranlasst gesehen, noch einmal nach vorne zu kommen. Corina Liebi hat völlig recht. Ich bitte einfach nur um einen ganz kurzen, nur ganz einen kurzen historischen Exkurs. Man kann in der Belex, der Gesetzessammlung des Kantons Bern, nachschauen. Da muss man also nicht Historiker sein. Und in der Belex steht das Gemeindegesetz drin. Und dort steht auch drin, wie die Geschichte gewesen ist und wie das gekommen ist mit diesen Diskussionen, die man dann gehabt hat, wie sie im Vortrag vom Gemeinderat ausgeführt sind. Als man eben hier besprochen hat, ob man jetzt die Einheitsgemeinde will oder ob man sie nicht will. Damals hat man lange darüber diskutiert und eine Lösung gefunden und demnach hat man das Gemeindegesetz mal geändert. Man hat die Staatsverfassung gehabt und hat das dann wieder diskutiert und man hat eine Totalrevision gehabt. Dazu muss man also noch nicht ins Archiv gehen. Das

ist teilweise sogar auf dem Computer, das sieht man dort. Und über die anderen Sachen hat Corina Liebi ... Und ich kann euch das bestätigen. Ich bin nicht Historiker, aber ich habe Geschichte sehr gern. Dann muss man das einfach ein bisschen anschauen. Und ich habe euch jetzt andere Sachen gesagt von der Geschichte, welche erst letzthin passiert sind, die viel schwerwiegender sind. Und ich empfehle wirklich die Gesetzesammlung. Da stehen ganz gute Sachen drin. Nicht, dass ihr meint, ich hätte an allen diesen Gesetzen Freude. Einen Haufen dieser Gesetze lehne ich auch ganz vehement ab. Aber man weiss, was drinsteht, wo man Kompetenzen hat oder nicht. Und darum finde ich es immer gut. – Vielleicht wollen die Historiker eben vielleicht eine Vorlesung zur Verfassungsgeschichte oder zur Rechtsgeschichte suchen. Das bringt einen manchmal zu ganz neuen Erkenntnissen. Danke.

Präsident: Merci vielmals. Als nächstes spricht Alec von Graffenried im Namen des Gemeinderats.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die Diskussion. Ich kann vorausschicken, dass ich Mitglied der Burgergemeinde bin, das ist ja auch allgemein bekannt. Hingegen hätte ich schon erwartet, dass ihr die Diskussion mit eurem Fraktionsmitglied, mit Gemeinderat Michael Aebersold auch noch geführt hättet. Merci - man kann ja nicht immer Merci sagen, dass Vorstösse so viel verschoben werden –, aber ich sage Merci, dass dieser Vorstoss aus dem Jahr 2018 jetzt verhandelt wird. Es ist ein Glück gewesen, dass es auch eine öffentliche Debatte dazu gegeben hat, die durch die Hauptstadt angeschoben worden ist. Und ich habe das eigentlich eine sehr spannende Debatte gefunden. Ich finde auch die Diskussion über die Burgergemeinde ... Also ich würde mich dieser nie verwehren oder verweigern.

Die Burgergemeinde spielt eine wichtige Rolle hier in Bern. Und das ist eine Rolle, die auch immer wieder diskutiert werden muss. Die Burgergemeinde ist historisch gewachsen. Auch der Ausscheidungsvertrag ist eine historische Geschichte. Ich hätte jetzt nicht das Gefühl, dass da so viel Strategie dahintersteckt, wie das heute teilweise vermutet wird. Aber das ist etwas, worüber man sehr wohl diskutieren kann. Heute würde die Burgergemeinde in dieser Form, wie es sie heute gibt, sicher nicht mehr geschaffen. Also die Burgergemeinde kann man nur aus der Geschichte heraus erklären. Und wenn man heute eben Bern neu organisieren würde oder so, würde man kaum auf die Idee kommen, eine Burgergemeinde und eine Einwohnergemeinde zu machen. Hingegen eben aus der Geschichte heraus ist es halt so. Ich finde auch, die Diskussion kann immer wieder geführt werden. Verfassungsrechtlich und gesetzesrechtlich sind die Dinge sehr klar. Die Ausgangslage ist glasklar. Die Diskussion ist damals geführt worden, 1993 bei der Kantonsverfassung. Es hat einen Antrag gegeben, von einem Parteikollegen von mir, vom verstorbenen Marc Wehrli. Er hat damals vorgeschlagen, man solle die Burgergemeinden abschaffen und aus der Kantonsverfassung herausstreichen. Aber dieser Antrag ist nicht durchgekommen. Aber das zeigt auch den Fakt, der ist. Und das ist etwas, das ich der Burgergemeinde immer wieder sage. Und das ist etwas, das ich eigentlich auch noch spannend finde: Die Burgergemeinde ist immer genau eine Abstimmung von ihrer eigenen Abschaffung entfernt. Es braucht eine Änderung der Kantonsverfassung. Es braucht eine Initiative, einen Vorstoss im Grossen Rat, eine Änderungsvorlage zur Kantonsverfassung und es braucht eine Volksabstimmung dazu. Und wenn es in der Volksabstimmung durchkommt, dass wir keine Burgergemeinden mehr wollen, dann gibt es die Burgergemeinden im Kanton Bern nicht mehr. Es braucht also genau eine Abstimmung. Aber das ändert eben auch die Ausgangslage der Burgergemeinden. Und dies ist eine komplett andere Ausgangslage als wir als Stadt

oder als alle Gemeinden im Kanton haben. Die Gemeinden im Kanton sind natürlich geschützt. Und sie sind geschützt auch vor einer solchen Bedrohung. Und das macht uns natürlich auch ein bisschen sorglos. Ich glaube, die Burgergemeinde ist viel aufmerksamer und viel alerter bezüglich ihrer Existenz, weil sie eben diese Bedrohung hat. Die Burgergemeinde muss immer mehrheitsfähig sein. Die Burgergemeinde ist nicht irgendein Konstrukt, das von irgendwelchen dunklen Kräften gesteuert wird. Sie ist in sich demokratisch und sie besteht innerhalb des demokratischen Rechtsstaats des Kantons Bern. Sie muss sich innerhalb dieser Demokratie eben auch immer wieder bewähren und das macht sie auch. Die Burgergemeinde gibt es, weil sie eben mehrheitsfähig ist, weil sie heute mehrheitsfähig ist und in Zukunft – das werden wir sehen. Aber sie muss eben immer mehrheitsfähig bleiben. Sie muss darum immer kämpfen. Und das führt natürlich auch zu einer Qualität. Das führt zu einer Qualität in der bürgerlichen Politik. Es ist bei weitem nicht nur die Kommunikation oder das Marketing, das stimmt. Vielmehr bemüht sich die Burgergemeinde eben auch immer, die richtigen Leistungen, gute Leistungen anzubieten, sich selber immer wieder neu zu verbessern, damit sie eben die Mehrheitsfähigkeit auch behalten kann. Und das finde ich eine Qualität. Für uns als Einwohnergemeinde haben wir nebensächlich ein konkurrierendes Gemeindewesen, die Burgergemeinde. Manchmal finde ich, manche Sachen macht die Burgergemeinde vielleicht fast noch besser als wir. Die Burgergemeinde tut zum Beispiel Preise vergeben und tut Wertschätzung verteilen. Ich finde, die Burgergemeinde ist eher wertschätzender als die Stadt Bern. Und dort finde ich, gewisse Sachen machen sie fast besser. Im Bereich der Sozialhilfe, finde ich, ist die Burgergemeinde teilweise auch sehr innovativ gewesen, auch im Bereich vom Sozialschutz. Sie hat immer wieder innovative Modelle vorgeschlagen, von denen ich finde, dass wir auch davon lernen können. Indem wir 2 konkurrierende Systeme haben, beispielsweise in der Kultur, in der Sozialhilfe oder im Kindes- und Erwachsenenschutz, können sich natürlich die beiden Systeme, so wie es im Föderalismus ja ist, laborartig ein bisschen gegenseitig befruchten. Also das finde ich durchaus positiv.

Wenn wir den Punkt 1 ablehnen, dann einfach tatsächlich aus der schlichten Erklärung heraus, dass er hier am falschen Ort ist. Tut euch auf kantonaler Ebene engagieren, das kann man ja, Gottseidank! Und dann müssen wir schauen, ob es auf kantonaler Ebene zu einer Änderung kommt oder nicht. Zum Punkt 2, zur Geschichte: Ich bin in den Grundsätzen in den grossen Zügen einverstanden. Was man nicht machen kann, ist, irgendwie die Verantwortung an die Burgergemeinde delegieren. Das alte Bern ... Und ich bin mit der Beurteilung sehr einverstanden, dass das eine sehr dunkle Zeit gewesen ist, dass das eine sehr autokratische Zeit gewesen ist, gerade gegen den Schluss des 18. Jahrhunderts, im 17. Jahrhundert auch schon. Und diese autokratische Zeit, diese Historie, diese Geschichte muss aufgearbeitet werden. Es ist aber ein gemeinsames Erbe. Man kann das nicht an die Burgergemeinde delegieren. Es ist nicht die Burgergemeinde alleine, die Rechtsnachfolgerin ist. Der Kanton ist Rechtsnachfolger des alten Berns. Die Stadt ist Rechtsnachfolgerin und auch die Burgergemeinde ist Rechtsnachfolgerin. Also das ist etwas, das wir gemeinsam tragen müssen, dieses Erbe. Und das ist auch etwas, das wir gemeinsam aufarbeiten müssen. Dort sind wir auch gefordert. Wir werden noch entsprechende Efforts unternehmen müssen, um die Geschichte aufzuarbeiten. Ich finde die Wahrnehmung der Geschichte Es gibt immer noch das Werk "Berns goldene Zeit". Ich habe da eine andere Beurteilung. Ich finde, es ist eine sehr finstere Zeit gewesen, eine sehr dunkle Zeit. Genau wegen der Söldnergeschäfte, die betrieben worden sind, bei denen die ganze junge Generation auf die europäischen Schlachtfelder geschickt worden ist und dort auch gestorben ist. Aber nachher natürlich auch mit den Finanzgeschäften, die hinterhergekommen sind, welche

den berühmten Staatsschatz nachher eigentlich generiert haben, die aber sehr stark eben auch von dem bekannten Dreieckshandel profitiert haben. Also dort liegt im allgemeinen Geschichtsverständnis noch einiges ein bisschen im Dunkeln. Dort müsste man noch ein bisschen Licht reinbringen. Also da bin ich einverstanden. Wir können es nicht der Burgergemeinde anhängen. Wir sind genau gleich gefordert. Wir müssen unsere Geschichte aufarbeiten. Wir müssen auch zu unserer Geschichte stehen, aber auch das benennen, das eben in der Vergangenheit nicht gut gelaufen ist, das wir heute anders beurteilen. In diesem Sinn haben wir auch empfohlen, den Punkt 2 als Postulat entgegenzunehmen. Es ist sicher nicht mit der Postulatsantwort getan. Wir werden weitermachen müssen, um die Geschichte aufzuarbeiten. Aber mindestens von meiner Seite und von der Seite des Gemeinderats her ist die Bereitschaft dazu auch vorhanden. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Alec. Ich habe nicht vernommen, dass eine punktweise Abstimmung gewünscht ist. Nein, ist nicht gewünscht. Dann stimmen wir ab über das Traktandum 10, das Postulat.

Abstimmung

2018.SR.000148		
Annahme		
Ja	42	
Nein	24	
Enthalten	3	Namensliste 011

Präsident: Das Postulat ist angenommen worden. Wir stimmen ab über den Prüfungsbericht zum Punkt Nummer 2.

Abstimmung

2018.SR.000148: Prüfungsbericht		
Ablehnung		
Ja	27	
Nein	41	
Enthalten	0	Namensliste 012

Präsident: Der Prüfungsbericht ist abgelehnt.

Ich möchte die Sitzung für heute abschliessen mit meinen offiziellen Worten zu meinem Präsidialjahr, bevor wir nachher zusammen in den Bus steigen. Sie kennen mich, ich verzichte auf grosse Reden. Es ist eine kurze Rede, aber im Vergleich zum Beginn, an der ersten Sitzung, als ich übernommen habe, ist es doch ein Fortschritt, weil dort habe ich meine Rede - glaube ich – komplett vergessen im Rat.

Ich bin angetreten, das habt ihr in der Zeitung lesen können, um den Pendenzenberg zu reduzieren. Sie als Stadtrat haben mir ein starkes Tool dafür gegeben, nämlich die Anpassung des GRSR auf Anfang Jahr. Wir sind am 12. 1. 2023 im Rat mit einem Pendenzenberg von 387 traktandierungsbereiten Vorstössen gestartet. Wir sind – noch nicht bereinigt mit dem, was wir heute nicht geschafft haben –, beim ungefähren Stand heute noch bei 170 Vorstössen. Das ist ein Minus von über 56%, das wir abgebaut haben. Ich finde das wirklich ein sensationelles Ergebnis und ich hoffe sehr, dass es dem Rat gelingt, dranzubleiben, so dass wir den weiteren Abbau schaffen. Der weitere

Abbau bedeutet weniger Pendenzen. Weniger Pendenzen heisst mehr Zeit, mehr Zeit für einzelne Themen, mit denen wir uns wirklich vertieft auseinandersetzen können. Und vertieft heisst, man hat nämlich als einzelnes Ratsmitglied auch mehr Zeit, um sich vorbereiten. Allenfalls wird auch der Gesamtaufwand, um sich vorbereiten auf eine solche Sitzung kleiner. Oder vielleicht ist es sogar -das ist Wunschdenken – sogar möglich, irgendeinmal weniger Sitzungen zu machen im Jahr, weil es einfach nicht mehr so viele Pendenzen gibt. Und dann wäre das ja ein starker Erfolg. Und vielleicht ist dann das ganze Amt ein bisschen besser zu vereinbaren mit dem ganzen Privat- und Berufsleben – gerade jetzt im Hinblick auf eben die vielen Rücktritte, die wir jetzt heute wieder zu vermelden haben. Ich möchte aber betonen, und das ist mir wichtig, das ist nicht mein Erfolg. Das bin nicht ich als Präsident, der dasitzt und das durchgeprügelt hat. Im Gegenteil, das ist das Resultat von euch. Das ist das Resultat von uns als Rat, zu dem alle in diesem Saal beigetragen haben. Viele in diesem Saal haben sich nämlich angepasst in diesem Jahr, das ist spürbar gewesen. Sie haben sich reduziert auf kurze prägnante Reden und haben sich beschränkt auf eine Botschaft. Gefühlt – das ist nicht objektiv, es ist subjektiv – habe ich das Gefühl, dass die Voten von euch allgemein kürzer geworden sind. Teilweise oder eben immer häufiger ist auch nur noch geredet worden, wenn es effektiv etwas zu reden gegeben hat; auch das ist mir aufgefallen in diesem Jahr.

Ich möchte dafür auch den Kommissionen ganz herzlich danken. Gewisse Kommissionen haben sich beschränkt. Sie haben sich beschränkt auf Diskussionspunkte, die in den Kommissionen besprochen worden sind. Sie haben darauf verzichtet, dass wir das ganze Geschäft noch einmal – ich will nicht sagen: wiederkauten – aber, dass man im Prinzip noch einmal die ganzen Informationen, die eigentlich schon öffentlich einsehbar, einlesbar sind, noch einmal aufbereitet hat. Vielmehr hat man sich eigentlich nur auf die spannenden Inhalte aus der Diskussion in den Kommissionen beschränkt. Auch dafür herzlichen Dank. Und es hat sogar Geschäfte gegeben – und das ist auch häufiger gewesen in diesem Jahr, auch hierfür herzlichen Dank an alle fürs Mitmachen –, die sind so unbestritten gewesen, dass wir sie in einer knappen Minute abhandeln konnten, ohne Diskussionsbedarf und ohne, dass man darüber hat streiten oder abstimmen müssen. Ich glaube, und das ist meine persönliche Meinung, es ist einer der grössten Ritterschläge oder Vertrauensbeweise, die man so einem Geschäft entgegenbringen kann oder der Verwaltung, die das Geschäft vorbereitet hat, wenn das Geschäft echt diskussionslos durch den Rat flutscht, wenn man darüber eigentlich nicht mehr diskutiert, sondern es einfach so durchwinkt. Ich glaube, das ist ein starkes Zeichen des Rates an so einen Vorstoss. Es ist keine Respektlosigkeit, wenn man nicht über etwas redet. Ich danke darum all denen, die sich dem Thema "Pendenzenberg" angenommen haben und mitgeholfen haben, mit ihrer Anpassung der Arbeitsweise, den Pendenzenberg reduzieren zu können.

Ich freue mich darum, jetzt mit euch zusammen den Abschluss in Bümpliz zu feiern. Wobei - jetzt muss ich trotzdem noch eine spezifische Sache loswerden. Das ist mir wichtig und ich weiss, das ist etwas, das ... Doch, es ist mir wichtig, dass wir das hier in Form protokolliert abschliessen können: Ich möchte einem Team und spezifisch einer Person herzlich danken in diesem Jahr. Es ist im Rat nicht offensichtlich, aber was das Ratssekretariat im Hintergrund macht, was wir alles nicht spüren, sondern was einfach im Hintergrund funktioniert, ist, wenn man das einmal sieht als Präsident, eine starke Leistung, eine ausserordentliche Leistung. Es hat massive Probleme, also nicht Probleme, sondern massive Kapazitätsengpässe gegeben im zweiten Halbjahr. Ich weiss nicht, wie viel ihr davon mitbekommen habt. Ich habe das Gefühl, man hat nichts davon gespürt. Und das ist auch ein Zeichen, dass die funktionieren und einander aushelfen,

und dass da einfach eine Maschine im Hintergrund ist, die funktioniert. Ich werde morgen – da haben wir noch Bürositzung - allen persönlich Danke sagen. Aber jetzt, stellvertretend in diesem Ratssaal, ein ganz grosses herzliches Dankeschön an Nadja Bischoff für die sensationelle Arbeit. Merci vielmals für dieses Jahr mit dir zusammen.

Applaus im Saal.

Sie steht nicht gerne im Vordergrund, darum ist es wichtig gewesen, dass ich das hier mache. Wie gesagt, allen Ratsmitgliedern herzlichen Dank. Ich tue mich nachher noch persönlich bedanken. Ich wünsche jetzt allen eine schöne Feier und schöne Festtage. Und an alle, die noch mitkommen, wie gesagt: Um 19.15 Uhr hinter dem Gebäude draussen wäre die Abfahrt. Merci vielmals. Einen schönen Abend miteinander.

Nochmaliger Applaus.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

11 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern

12 Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, BDP/CVP (Bernhard Eicher, FDP/Tom Berger, JF/Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP/Lionel Gaudy, BDP/Sibyl Eigenmann, CVP): Pilotprojekt Überdachung von Verkehrsflächen an die Hand nehmen

13 Motion Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Daniel Egloff, PdA/Christa Ammann, AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Mehr Briefkästen zur unfrankierten brieflichen Stimmabgabe

14 Motion Tabea Rai (AL), Eva Gammenthaler (AL), Mohamed Abdirahim (Juso), Zora Schneider (PdA), Rafael Egloff (Juso) - übernommen durch David Böhner (AL): Ballenberg der Denkmäler auf der Grossen Allmend

15 Postulat Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Elisabeth Arnold, SP): Schulhausneubau Untermatt – Brücke zwischen alten und neuem Quartier

16 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen!

Eingereichte Vorstösse

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Drogenkonsum und Übergriffe sind auf der Schützenmatte in Bern auf einem Höhepunkt angelangt. Was für Konsequenzen hat dies in Zukunft auf die diversen Akteure? Wie weiter?

2. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Personalprobleme im Tierpark Bern: Eine unabhängige anonyme Mitarbeiterbefragung ist gefordert

3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Dürfen aktive SVP-Politiker und der Polizeidirektor nun in der Reithalle aus politischen Gründen diskriminiert werden? Der Gemeinderat will dazu keine Stellung nehmen: Klage Fragen, klare Antworten! Keine Arbeitsverweigerung durch den Gemeinderat mehr!

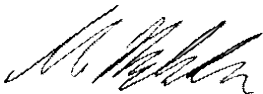
4. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser): Drogenkonsum und Übergriffe sind auf der Schützenmatte auf einem Höhepunkt. Weder die Direktion von Franziska Teuscher (GB) noch Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) wollten wegen der Komplexität gegenüber den Medien dazu Stellung nehmen. Weshalb sprach der Stadtpräsident trotz der offensichtlich bereits allseits bekannten Verschlechterung am 16.11.2023 gleichwohl von einer wesentlichen Verbesserung und informierte den Stadtrat vor den Abstimmungen über die Vorstösse zur Reithalle nachweislich falsch. Welche Konsequenzen werden gezogen? Wann und von wem wurde der für das Dossier zuständige Gemeinderat/Stadtpräsident über die massive Verschlechterung orientiert?
5. Motion Fraktion GB/JA! (Franzsika Geiser, GB / Anna Jegher, JA!): Geschlechtergerechte Sprache in allen Reglementen der Stadt Bern
6. Kleine Anfrage (Janosch Weyermann, SVP): Kosten durch unfrankierte Abstimmungscouverts
7. Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, FDP, SP/JUSO, Mitte, GLP/JGLP (Bettina Jans-Troxler, EVP / Matthias Humbel, GFL / Vivianne Esseiva, FDP / Sara Schmid, SP / Milena Daphinoff, Mitte / Janina Aeberhard, GLP): Unterricht und Hitzetage: Die Stadt soll Verantwortung übernehmen und eine Strategie aufzeigen
8. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP / Thomas Glauser, SVP): Bargeldloses Zahlen auf städtischen Plätzen und Pärken?
9. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Thomas Glauser, SVP / Alexander Feuz, SVP): Der Gemeinderat hält an Bio-Landbau fest. Die negativen finanziellen Auswirkungen gegenüber der neuen Pächterschaft sind enorm

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

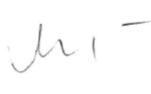
09.02.2024

X 

Signiert von: MICHAEL JEROEN HOEKSTRA

für das Protokoll

11.02.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Barbara Waelti